nen, sondern auf das Bewußtsein der proletarischen Klasse stützt. Die Entwicklung der gesamten Verhältnisse reift die Notwendigkeit der politischen Tat. Und in ihr taucht der Einzelne in der Allgemeinheit unter. Nur die Allgemeinheit vermag das Werk der geschichtlichen Umwälzung zu vollbringen. Darum hinweg mit allem Personenkult! Das Proletariat ist berufen sein eigener Führer zu sein und die Geschichte sein Lehrmeister.

Ein Verband für Parteifunktionäre

Frankreich macht den Anfang, denn einer muß doch der erste sein. Ein Wunder ist es jedenfalls nicht, wenn die sozialdemokratischen Parteien dazu übergehen, für ihre für lebenslänglich gewählten Funktionäre besondere Verbände zu gründen.

Am 1. November tritt der Nationalrat der Partei zusammen, um sich insbesondere mit Organisationsfragen und mit der Schaffung eines Verbandes sozialistischer Gemeindefunktionäre zu beschäftigen.

Diese gewählten Gemeindefunktionäre, jedoch nicht nur die, sondern auch die in den Betrieben usw. bilden längst eine „besondere" Kategorie im Proletariat. Sie müssen daran auch ihre eigenen Interessen vertreten. Das ist so ganz gewerkschaftlich und sozialdemokratisch. Am Ende müssen sich die Gewerkschaftsunterangestellten noch zu besonderen Verbänden zusammenfinden, um ihre Interessen durchzusetzen, und die Oberbonzen einen solchen Unternehmerverband gegen ihre Mitgliedermassen. Kapitalistische Apparate sind sie ja ohne Zweifel so schon.

Drohende Gesamtaussperrung in der hannover-braunschweigschen Textilindustrie.

Seit einigen Tagen haben die Arbeiter größerer Textilbetriebe in Hannover, Hameln und Stadt Oldendorf die Arbeit niedergelegt. In der Stadt Hannover streiken rund 200 Textilarbeiter. Der Arbeiterschaft war anstatt der gelöderten 28-prozentigen Lohnerhöhung nur eine Erhöhung von 4½ Proz. bewilligt worden. Der gleichlautende Spruch des Schlichtungsamtes wurde von den Arbeitern abgelehnt. In den nächsten Tagen finden endgültige Verhandlungen der „Arbeitsgemeinschaft" zur Beilegung der Differenzen statt. Es besteht allerdings wenig Aussicht dafür. Sollte eine „Einigung" nicht erzielt werden, so werden im ganzen Bezirk rund 4500 Textilarbeiter ausgesperrt, wovon auf die Stadt Hannover allein 3000 entfallen. Die Gewerkschaften werden schon dafür sorgen, daß die Proletarier keine fetten Bäuche bekommen, d. h., daß die Streiks so schnell wie möglich mit einer glänzenden Niederlage enden. Sie sind schon als aussichtslos zu bezeichnen, wenn man die allgemeine Textilkrise betrachtet. Es geht eben nur noch um den Machtkampf, doch das muß erst begriffen werden.

Wirtschaft

Konjunkturumschwung?

Im deutschen Blätterwald rauscht es wieder urplötzlich gewaltig von einer Gesundung der Wirtschaft. Die Ursache ist das Bekanntwerden der deutschen Außenhandelsbilanz für den Monat September. Im August stieg die reine Wareneinfuhr (ohne Gold und Silber) noch um 24 Millionen Mark, während die reine Warenausfuhr noch um 18 Millionen Mark sank. Im September gestaltete sich der Außenhandel entschieden günstiger. Die Ziffern sind: Einfuhr 1103 Millionen Mark, Ausfuhr 780 Millionen Mark, Einfuhrüberschuß 292 Millionen Mark (im August noch 454 Millionen Mark).

Die reine Wareneinfuhr weist im September gegenüber dem Vormonat einen Rückgang von 109 Millionen Mark auf. Die reine Warenausfuhr dagegen stieg um 52 Millionen Mark, darunter Fertigwaren im Betrage von 50 Millionen Mark. Die Hoffnungen auf eine Besserung der Wirtschaftslage, die sich auf diese Monatsbilanz stützen, sind unberechtigt. An dem Rückgang der Einfuhr sind allein 67 Millionen Mark Getreide und Mühlenprodukte und 40 Millionen Mark andere Nahrungsmittel beteiligt. Die bevorstehenden Schutzzölle steigerten in den vorhergehenden Monaten die Wareneinfuhr und übersättigten den Markt. Die Beendigung der Ernte in Deutschland, die keine vermehrte Getreidezufuhr ermöglichte und daher ausländisches Getreide und Mühlenprodukte überflüssig machte, gibt uns den weiteren Aufschluß.

Die weitere Analyse der Septemberbilanz bestätigt unsere Auffassung noch deutlicher. Die Einfuhr von Rohstoffen sank um 94 Millionen Mark, Tabak 60 Millionen Mark. Das würde ja nicht von einer Konjunktursteigerung zeugen. Es spricht aber auch nicht von einem Rückgang, da die Rohstoffe schon herein waren, angesichts der bevorstehenden Schutzzölle. Auch die gestiegene Einfuhr von Fertigfabrikaten von 26 Millionen Mark und Textilfertigfabrikate um 33 Millionen Mark ist auf diese Ursache zurückzuführen. Andernfalls würde ja eine verminderte Rohstoffeinfuhr eine Verschlechterung der Konjunktur andeuten. Ebenso würde die Verminderung der Lebensmitteleinfuhr von einer Erschlaffung der Kaufkraft sprechen.

Die Steigerung der Fertigwarenausfuhr hat ihre Ursache z. T. in der Steuerbegünstigung, in Tarifherabsetzungen der Reichsbahn, in der Gebührenvergünstigung bei Wassertransporten, Herabsetzung der Zinsen u. a. Die stärkste Triebkraft für die gesteigerte Ausfuhr aber ist die Vergrößerung des Dumping, d. h. das Herabsetzen der Preise für Ausfuhrwaren auf Kosten des Inlandsverbrauchs. Einige Beispiele aus der Politik der Rohstahlgemeinschaft mögen dies erläutern: Oberbaumaterial kostet die Tonne 110 Mark, die Vergütung für die Ausfuhr beträgt 25 Mark (bisher 23 Mark); Stabeisen 105 Mark, Vergütung 22 Mark (20 Mark). Die Ausfuhrvergütung durch die Rohstahlgemeinschaft steigt bis zu 40 Mark pro Tonne für Röhren. Eine ähnliche Politik treiben alle kartellierte Industrien.

Außerhalb des Zusammenhanges unserer heutigen Betrachtungen mag hier noch eingeschaltet werden, daß sich die Verbilligungsaktion der Regierung nicht gegen diese Politik der Kartelle richtet, im Gegenteil wird sie durch Steuer- und Tarifvergünstigung gefördert. In anderen Ländern wird dieselbe Politik getrieben. So kommt es, daß z. B. die Ware derselben Gattung aus Deutschland im Auslande nicht nur billiger verkauft wird als hier, sondern auch ausländische Ware derselben Gattung in Deutschland billiger als im Ursprungslande. Volkswirtschaftlich bedeutet das natürlich eine unnötige Belastung des Wirtschaftsapparates und dadurch eine Verteuerung der Lebenshaltung infolge der doppelten Transporte. Es gehört dies eben zu den notwendigen, sich im kapitalistischen Produktionssystem ständig steigernden Widersprüchen.

Als weiteres Argument für die Wirtschaftsgesundung wird das Nachlassen der Großhandelspreise für Inlandswaren herangezogen. Nach geringeren Nachlässen in den vorausgegangenen Wochen weist der Großhandelsindex des Statistischen Reichsamtes mit dem Stichtag des 21. Oktober eine Senkung von 1,4 Prozent auf. Agrarerzeugnisse ließen um 2,8 Prozent im Preise nach, Industriestoffe dagegen stiegen (zu Gunsten der Ausfuhrwaren) um 0,6 Prozent. Für den Lebenshaltungsdurchschnitt rechnet das Statistische Reichsamt eine Preissenkung von 1,4 Prozent heraus. Das scheint indes etwas stark an den Haaren herbeigezogen. Die Statistik erfaßt nur eine beschränkte Anzahl Waren und Rohstoffe. Für das gesamte deutsche Preisniveau besagen die Ziffern nichts. Die Mangelhaftigkeit ist indes von den Behörden schon eingesehen. Das neue Institut für Konjunkturforschung ist schon seit Monaten an der Arbeit, den Index auf eine breitere Grundlage zu stellen.

Nichtsdestoweniger sind seit Wochen Symptome vorhanden, die auf eine kleine Besserung der deutschen Wirtschaft hindeuten. Im September sind im gesamten deutschen Bergbau rund 75 000 t Kohlen mehr gefördert (einschließlich Braunkohlen). Auch von den Halden sind geringe Bestände genommen. (Zu einem Teile ist dies allerdings auf den vermehrten Einkauf für den Hausbrand zurückzuführen.) Die Einfuhr schwedischer Erze ist ebenfalls gesteigert worden. Die Rohstahlgemeinschaft, welche die Liefermenge um 35 Prozent eingeschränkt hat, war schon dabei, eine noch größere Einschränkung vorzunehmen. Dies hat sich jetzt als unnötig erwiesen. Wahrscheinlich wird sogar eine Produktionssteigerung stattfinden. Eine ganze Anzahl Industrien, die hauptsächlich für den Export arbeiten, beginnen ebenfalls ihre Produktion zu steigern.

Das Schwerzewicht der europäischen Krise beginnt sich wieder einmal zu verschieben! Diesmal wird das deutsche Kapital der gewinnende Teil sein. Im September haben sich die Außenhandelsbilanzen aller europäischen Industriestaaten verschlechtert. Die amerikanische Ausfuhr nach Europa hat sich gesteigert. Einen Teil des europäischen Verlustes fängt die deutsche Industrie auf. Diese Wandlung war möglich und geht in steigendem Maße vor sich, durch den Lohnabbau infolge der Preissteigerung. Nicht zum wenigsten trägt auch die vermehrte Schufterei des deutschen Proletariats dazu bei. Die Preissteigerung in Deutschland, d. h. der indirekte Lohnabbau hat den Zweck, um das Dumping zu erreichen. Regierung, Parlamentsparteien und Gewerkschaften stützen diese Politik. Um den Proletariern die Gehirne zu verkleistern, wird „Preisabbau" gemimt.

Diese „Gesundung der Wirtschaft" kann zwar nicht so weiter gehen, so lange das deutsche Proletariat mehr hungert, mehr schuftet, mehr mit sich Schindluder treiben läßt. Immerhin wird noch für einige Zeit, bestimmt noch im Oktober und November die deutsche Ausfuhr weiter steigen. Aber schon sind die anderen europäischen Industriestaaten dabei, ihren Ausfuhrindustrien dieselben Vergünstigungen zu gewähren, wie dies die deutsche Regierung tut. Die deutsche „Konjunktur" wird schnell genug zum Stillstand kommen. Alle Konkurrenten auf dem Weltmarkt zahlen höhere Löhne als das deutsche Kapital. Alle können mehr Löhne abbauen, um die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt zu schlagen. Dann gewinnen wieder andere Außenhandelsbilanzen und die deutsche senkt sich. Dann ist wieder die Reihe am deutschen Kapital, seinen Sklaven die Löhne zu kürzen, um die Prämien für die Ausfuhr zu erhöhen. Dann schreien auch wieder Parlamentsparteien und Gewerkschaften ebenso stark als die Regierungsmänner: „Preisabbau".

Die Weltwirtschaftskrise, oder um uns ganz sichtbar konkret auszudrücken, die europäische Krise wird durch diese Konjunkturemsmacherei nicht nur nicht gehemmt, sondern verschärft. Denn für die Belastung der Transport- und Produktionsapparate für die vermehrte Auslandspropaganda müssen die Proletarier aller Länder nutzlos unproduktiv arbeiten. Es ist der Totentanz des Kapitals, der sich auf dem Rücken der Arbeiterklasse abspielt. Das Proletariat muß bluten, muß schärfer ausgepreßt werden, ob man ihm „Preisabbau" vormacht, ob es auf die Straße geworfen oder in Fron gepreßt wird. Das Kapital wird so lange in „Konjunkturen" und „Wirtschaftsgesundung" machen, bis das Proletariat sich erhebt, bis es sich seiner Riesenkraft bewußt wird und der Profitwirtschaft ein Ende macht, oder bis es unrettbar zertrampelt am Boden liegt.

Jugendbewegung

Jungarbeiterdelegationen nach Rußland

Die erste deutsche Arbeiterdelegation ist von ihrer sechswöchigen „Studienreise" aus Rußland zurückgekehrt. Kaum hatte sie aber Deutschlands Grenzen überschritten, da traf auch schon eine Einladung des „Kommunistisch-Leninistischen Jugendverbandes Rußlands" an die proletarischen Jugendorganisationen in Deutschland, wie überhaupt an die gesamte proletarische Jugend ein, auch ihrerseits eine Delegation nach Rußland zu senden, um dieses mit eigenen Augen zu sehen.

Allerorten fanden nun Jugendversammlungen statt, in denen Komitees zur Organisierung von Delegationen nach Rußland gewählt wurden. Überall setzte eine rege Propaganda für eine Jungarbeiter-Rußlandsdelegation ein. Die Delegationsmitglieder der ersten deutschen „Arbeiter-Delegation" reisen nun in allen Gauen Deutschlands umher, um den Proletariern Bericht über die Ergebnisse ihrer „Studien" zu erstatten.

Bar jeglichen kritischen Denkens, wohl aber begeistert, nehmen die Proletarier den Bericht, wie das Märchen vom Schlaraffenland, entgegen.

Was Wunder, wenn die Losung einer Rußlanddelegation beim Jungproletariat das stärkste Echo findet, seinen Widerhall findet? Unter einem riesigen Tamtam seitens einer der Interessenvertreterinnen Moskauer Politik, der „Kommunistischen Jugend Deutschlands" wurde dann auch eine solche „Delegation" zusammengestellt, die demnächst Rußland besuchen wird.

Ob diese Delegation mehr sehen wird als die erste, die wohl vor Studieneifer übersah, daß in der Nähe Moskaus Proletarier streikten, von deren Streik selbst die „Prawda"* berichten mußte? (Ob diese Proletarier immer noch nicht, trotz des angeblich sie umgebenden Kommunismus, die Grundsätze kommunistischer Ethik in sich aufgenommen haben, die sie in solcher leichtsinnigen Weise das Wohl der Gemeinschaft gefährden, oder führen diese Proletarier schließlich doch Klassenkampf gegen eine sie ausbeutende Bourgeoisie?)

Wird diese Delegation mehr sehen als wie papierene Dekrete für Jugendschutz? Wird sie auch das große Heer von jugendlichen Erwerbslosen in den Städten Rußlands sehen? Wird sie sehen, daß es in Moskau allein mehr denn zehntausend junge arbeitslose Proletarier gibt? Wird sie sehen, daß in Moskau junge Proletarier durch Handel mit Streichhölzern oder sonst dergleichen ihren Lebensunterhalt „garantieren" müssen? Wird sie auch die geschlossenen Sanatorien und Kinderheime sehen? Wird sie schließlich auch sehen, wie die aus den geschlossenen Kinderheimen an den privatkapitalistisch arbeitenden Bauern abgegebenen Kinder von diesen ausgebeutet werden.

Gewiß wird diese Delegation auch gut funktionierende, hygienisch einwandfreie Betriebe, besetzte Kinderheime, Sanatorien und anderes vorfinden. Derartiges zu zeigen, sowohl wie für die äußeren Eindrücke und die nötige Stimmung zu sorgen, werden sich die heutigen Rußlandgewaltigen schon angelegen sein lassen.

Es soll ja auch wahrlich nicht die Aufgabe einer Rußlanddelegation sein, nur das Schlechte zu suchen, zu spüren, ob nicht doch irgendwo in einem entlegenen Winkel einer Werkstatt ein Staubkörnchen oder schmutzige und unreinende Tollette zu finden sind. Eine Delegation des deutschen klassenbewußten Jungproletariats hat beim Studium eines Staatswesens tiefer zu schürfen und sich nicht bei Belanglosigkeiten aufzuhalten. Es gibt mehr, als Betriebe und Sanatorien zu besichtigen. Mit den modernsten Mitteln der Technik und gleichfalls auf das hygienischste eingerichtete Betriebe, Krankenhäuser und Sanatorien, in denen auch Arbeiter zu finden sind, gibt es auch in Deutschland wie in allen westeuropäischen und nordamerikanischen Staaten. Es gibt aber auch hier unsaubere Toiletten. Und doch spricht weder das eine noch das andere für das Vorhandensein einer kommunistischen Wirtschaft.

Die Grundfragen eines solchen gründlichen Studiums für eine klassenbewußte Delegation des Jungproletariats sind: Wird hier kommunistisch oder kapitalistisch produziert, vollzieht sich hier kommunistischer oder kapitalistischer Aufbau? Diese Fragen zum Wesensinhalt ihres Studiums gemacht, darf sich die Delegation auch durch nichts blenden lassen. Sie hat Arbeit zu leisten im Interesse einer revolutionären Arbeiterpolitik, sie darf nicht schweigen, wo sie entlarven muß, die Arbeiter sollen die volle Wahrheit über Rußland erfahren, sie sollen wissen, ob Rußland noch der Hort der Weltrevolutionäre ist oder nicht.

Sie sollen durch eine Delegation erfahren, was bereits ein jeder revolutionäre Marxist durch das Studium der Veröffentlichungen und Statistiken, sowie aus Rußlands ökonomischer und politischer Entwicklung weiß.

Das heutige Rußland ist ein kapitalistisches Rußland. Und dennoch schauen viele Proletarier, immernoch geblendet vom dem grellen Schein der auflodernden Flammen der russischen Revolution, auf Rußland als ein Bollwerk der Welt-Revolution. Und doch hat das Proletariat Rußlands eine Niederlage erlitten. Eine Niederlage, die schließlich auch das westeuropäische Proletariat verschuldet.

Führen wir uns noch einmal zum besseren Verständnis Rußlands letzte Entwicklung vor Augen.

Noch bis zu den gewaltigen imperialistischen Auseinandersetzungen 1914 war Rußland ein sich auf den Feudalismus stützender Agrarstaat. Die industrielle Entwicklung zeigte nur schwache Ansätze. Rohstoffquellen waren fast noch nicht erschlossen. Der Eisenbahnverkehr war ein minimaler, nur wenige Eisenbahnstränge waren in dem großen Riesenreich aufzufinden. So wurde Rußlands industrielle Entwicklung mit Hilfe des Auslandes künstlich aufgepäppelt. Diese Riesenlasten, dafür mußte der kleine Bauer und Landarbeiter durch ungeheuere Steuern aufbringen. Der Unwille, die Erregung wuchs. Durch den Krieg erhoffte man eine allgemeine Erlösung. Diese kam allerdings nicht, statt hier neue Lasten und Opfer: Bauer und Proletarier wurden schließlich kriegsmüde. Unerläßliche Propaganda der Bolschewiki für die Revolution ließ sie dann auch den einzigen Ausweg erkennen, die Zarenregierung stürzte, die Revolution siegte.

Und das westeuropäische Proletariat? Anstatt seinen russischen Klassengenossen zur Hilfe zu eilen, schlief weiter. Noch einmal siegte die Konterrevolution unter dem Regime Kerenskis. Und wieder erhoben sich die Unterdrückten Rußlands unter den Einfluß der Bolschewiki, die jetzt den revolutionierenden Massen Konzessionen machten, die dann durch das Versagen der westeuropäischen Proletarier zum Verhängnis der russischen Revolution wurden.

Die Bolschewiki versprachen den Bauern Land und, anstatt Agrarkommunen zu schaffen, erfüllten sie auch die Wünsche der Bauern. Solange die äußere Konterrevolution Rußland bedrohte, war der Bauer Bundesgenosse des Proletariats, weil er durch sie das eben erhaltene Land wieder in Gefahr sah. Nachdem die Konterrevolution niedergerungen, bäumte er sich gegen die Maßnahmen des Proletariats auf. Die Bolschewiki gaben nach, der Bauer siegte. Mit der Einführung der NEP.* schwanden die Errungenschaften des Proletariats gänzlich. Die Bolschewiki sind heute die politischen Vertreter des privatwirtschaftlich arbeitenden Bauerntums. Ihr Verzeur ist das „Kommunistische Internationale". Mit revolutionärer Phraseologie soll das internationale Proletariat eingefangen und vor den Karren des russischen Staatskapitalismus eingespannt werden. So appelliert man dann ja auch an das Proletariat der großen Industriestaaten, auf ihre Bourgeois einzuwirken, damit sie Maschinen für Rußland zu liefern. Die Proletarier haben ja zwar keine Revolution und keinen sozialistischen Aufbau, wohl aber erneute Möglichkeit, der Bourgeoisie ihre Arbeitskraft zu verkaufen.

Das also bezweckt Rußlands Regierung und seine Hilfswerkzeuge mit den Arbeiterdelegationen, wie wir es jetzt von der deutschen Arbeiterdelegation hören: Hört alle, Bourgeois und Proletarier, in Rußland vollzieht sich ein neuer Aufbau, gewinnt Vertrauen zu ihm und unterstützt seine Entwicklung.

Trotzdem nun die Kommunistische Arbeiter-Jugend das alles durch ihren Einblick in die geschichtliche Entwicklung feststellt, ist sie dennoch gewillt eine Delegation mit anderen jungen Proletariern nach Rußland zu entsenden, um allerdings nicht nur Betriebe und Sanatorien zu besichtigen, sondern um die Fundamente, die ökonomische Triebkräfte wie auch den politischen Ueberbau, die gesamte gesellschaftliche Struktur des russischen Staatswesens zu studieren. Wir sind eben keine Feiglinge, die davor zurückschrecken, Rußland mit eigenen Augen zu sehen. Der Kommunistische Jugendverband Rußland hat jetzt das Wort. Wenn ihm daran liegt, daß die revolutionäre Vorhut des Jungproletariats Rußland studiert, um die für die Revolution notwendige Klarheit zu schaffen, dann wird er für die völlige Studien- und Delegationskostenfreiheit der KAJ.-Delegation Sorge tragen. Die KAJ. wird keineswegs versäumen, die Wahrheit über Rußland dem Proletariat zu übermitteln. Mit unerbitterlicher Schärfe wird sie die wahre Sachlage der Klassenkräfte und die Notwendigkeit der proletarischen Revolution aufzeigen. Am Proletariat aber wird es liegen, ob es sich erneut vor einen Karren der kapitalistischen Politik spannen lassen will. Es hat die Wahl, Hammer oder Amboß zu sein.

* „Prawda" = „Wahrheit", Organ der russischen KP.

Mitteilungen

GROSS-BERLIN.

Arbeitsplan November.

45. Woche.

Dienstag, den 3. November: Berliner Zentrale.
Mittwoch, den 4. November: Arbeits-Ausschuß.

46. Woche.

Dienstag, den 10. November: Berliner Zentrale.
Donnerstag, den 12. November: Arbeits-Ausschuß.
Freitag, den 13. November: Mitglieder-Versammlung in den Unterbezirken.

47. Woche.

Dienstag, den 17. November: Berliner Zentrale.
Mittwoch, den 18. November: Arbeits-Ausschuß.

48. Woche.

Dienstag, den 24. November: Berliner Zentrale.
Donnerstag, den 26. November: Arbeits-Ausschuß.
Freitag, den 27. November: Mitglieder-Versammlung in den Unterbezirken.

Die Sitzungen der Zentrale, sowie des Arbeits-Ausschuß beginnen pünktlich 7,30 Uhr.

Achtung! Zeitungsbeilage! Mittwoch, den 4. November, müssen die Karten für die November-Feier abgerechnet oder zurückgeliefert werden. Spätere Zurückgabe der Karten ist ausgeschlossen.

Pressefonds.

17. Unterbezirk Lisse Mk. 16,—, O. D. Mk. 5,—, Fr. Wriezen Mk. 1,50, Voigt-Berlin Mk. 0,80, L'hafen Mk. 1,—.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Schernell-Berlin.
Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Isenbeck, Berlin O 17, Langestr. 79.

6. Jahrg. Nr. 87

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

November 1925
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Die Hungerpeitsche knallt!

Wachsende Arbeitslosigkeit — Die notwendigen Aufgaben der Arbeiterklasse

62 000 Erwerbslose in Berlin!

Es waren bei den Arbeitsnachweisen eingetragen 62 268 Personen gegen 58 586 der Vorwoche, davon waren 43 816 (41 797) männliche und 18 452 (16 789) weibliche Personen. Unterstützung bezogen 19 065 (17 479) männliche und 4144 (3965) weibliche, insgesamt 23 209 (21 174) Personen, davon bei Notstandsarbeiten beschäftigt 1344. Die Zahl der zu Pflichtarbeiten Ueberwiesenen betrug 32 gegen 21 der Vorwoche.

•

Die Zeit ist nicht tot, und sie geht mit Riesenschritten vorwärts, rücksichtslos, und zertritt, was da in der Welt kräucht und fleugt und kein sicheres Nest hat. Wie mit glühenden Zangen packt es die Arbeiterklasse an, die immer noch wie schlaftrunken dahintrottet, die noch immer die Ursachen ihrer elenden Klassenlage nicht begriffen hat, und würgt und würgt. So wenig der Proletarier in den Betrieben über die Zusammenhänge der kapitalistischen Krise nachdenkt und sieht, wo die politischen Faktoren sind, die in dieser Gesellschaftsordnung bestimmen, so mächtig zeigen sich dieselben augenblicklich jedem einzelnen wieder im steigendem Maße. Die Illusion des Wirtschaftsaufbaues, die an die bestehende Staatsform, an die Republik und die Stabilisierung der „Wirtschaft" (Geldwährung!) geknüpft war, zeigt sich als Trugbild des Hohns. Die untilgbaren Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die innere Zersetzung dieses Profitsystems sind den meisten Proletariern Dinge, die über ihren geistigen Horizont hinweg gehen, weil der Staat wohlweislich im Interesse des Kapitalismus dafür sorgt, daß die Arbeiterklasse in Dummheit erhalten wird. Was jedoch jedem Arbeiter tagtäglich vor Augen geführt wird, ist die Klassenlage, die wirtschaftliche Lage jedes Lohnsklaven, die sich zwar mit der „Stabilisierung" gebessert hatte, die jedoch im Augenblick von Tag zu Tag zweifelhafter erscheint. Mit ungeheurer Schärfe wirkt sich die steigende Krise des Kapitalismus auf die Arbeiterklasse aus, und zwar nicht mehr indirekt, durch Inflation und Verteuerung der Lebenshaltungskosten, sondern durch die Auswirkungen der Produktionsstockung. Ein Betrieb nach dem anderen schließt seine Tore, und wirft die Arbeiter auf die Straße. Nicht nur die vorübergehende Betriebsstockung, der allgemeine Bankrott meldet sich an. Die Arbeiter werden zum Nichts herabdegradiert. Von Woche zu Woche steigt die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter um Tausende. Berlin allein weist wieder 62 000 gemeldete Arbeitslose auf. Daß diese neue Krisenwelle nicht von kurzer Dauer ist, besagt uns der ständige Zuwachs der Bankrotterklärungen. Und hierbei sind nicht nur Kleinbetriebe, sondern eine Unmenge Großbetriebe, weit ausgebaute Konzerne, bei denen der Stinnes-Konzern wohl an erster Stelle stand. Sie brechen, ohnmächtig gegenüber der kapitalistischen Großkrise, zusammen, und werfen das Proletariat rücksichtslos auf die Straße. Jeder Proletarier ist in der zweifelhaften Lage, ob er nicht morgen auch schon als überflüssige Arbeitskraft aus dem eingeschränkten Produktionsprozeß herausgerissen und auf den Arbeitslosenmarkt geworfen wird. „Was dann?" fragt er sich, denn nirgends zeigt sich ein Mangel, überall nur großer Ueberfluß an Arbeitskräften. Nicht forciert die Industrie des Innenmarkts, die Fertigindustrie, auch die Rohstoffindustrie, die vertrustete und konzernierte Großindustrie liegt zum großen Teil brach. 10 Millionen Tonnen Kohle liegen im Ruhrgebiet auf den Halden, gegen höchstens 3 Millionen in der Vorkriegszeit, und die Absatzmärkte sind durch Hochschutzzölle gesperrt. Die Krise wirkt sich mit Macht in der Richtung des Stinnes-Programms aus: „Nur die intensivsten Produktionsstätten kommen für den Aufbau in Frage, nur die lebensfähigsten Betriebe können aufrecht erhalten bleiben. Mit rasender Geschwindigkeit geht die Entwicklung des Kapitalismus auf dieser Bahn vorwärts. Nicht aufwärts, sondern abwärts, denn die Konzentration des Kapitals in den Händen einer geringeren Zahl Kapitalsgewaltiger schafft keine Möglichkeit von Produktionserweiterung und -Vertiefung, ist keine Bedingung der Kapitalsakkumulation, denn der Warenmarkt ist nicht im geringsten erweitert, er wird vielmehr durch die allgemeine Entwicklung des Kapitalismus noch verengt.

Doch dieses sieht die Arbeiterklasse nicht. Nur die Rückwirkungen machen sich um so gewaltiger und vernichtender bemerkbar. Was soll mit jenen werden, die für den Kapitalismus überflüssig sind, die zu Millionen anwachsen? Jeden einzelnen im Betrieb packt es mit eisernen Zangen an. Er muß darüber nachdenken. Als besitzloses Objekt des Kapitals ist das Proletariat der willkürlichen Ausbeutung und Verpichtung preisgegeben, denn immer noch steht es den Aufgaben seiner Befreiung fremd gegenüber. So sehr sich die Klassenlage unter dem Druck der kapitalistischen Wiederaufbauversuche verschlechtert, der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Klassenherrschaft und die Lohnsklaverei ist immer mehr in den Hintergrund getreten. Illusionen über Illusionen verdrängen den revolutionären Klassenkampf von der Bildfläche. Noch ist sich das Proletariat seiner Macht nicht selbst bewußt geworden, und vertraut auf die Macht gewerkschaftlicher und parlamentarischer Führer. Soweit es noch im Betrieb ist, erhofft es von diesen selbst passiv, die Unterstützung in der Erhaltung der Beschäftigung und der Verbesserung der Lebenslage, und ist es außerhalb des Betriebes, bevölkert den Arbeitslosenmarkt, so ist es dem Hunger, der Verzweiflung und nichtssagenden Versprechungen dieser „Führer" preisgegeben. So wirkt die passive Ergebenheit gegenüber den Gewerkschaften doppelt reaktionär.

Ohnmächtig steht der Riese Proletariat den morschen kapitalistischen Verhältnissen gegenüber. Neue Versprechungen lenken ihn ab. Locarno winkt ihm einerseits in den Versprechungen der Sozialdemokratie als Quell neuer Arbeit und Rußland andererseits in denen der KPD. Von Rußland und den Ergebnissen von Locarno erwarten sie neue Arbeitsmöglichkeit und klammern sich in ihrer Unklarheit über die Wirklichkeit an diese Illusionen. Nicht um die Befreiung aus diesem System der Profitwirtschaft kämpfen sie, sondern sie lassen sich von der Lebensmöglichkeit in diesem System leiten und für die Interessen des Kapitals mißbrauchen, denn Locarno so wenig wie die Entwicklung in Rußland haben die Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft, die den Zusammenbruch herbeiführten, gelöst. Trotz Locarno und den Handelsverträgen, die nur ganz bedingte sind, hat sich nichts an der steigenden Arbeitslosigkeit geändert.

Anderen Aufgaben steht das Proletariat gegenüber. Jeder Arbeiter im Betrieb merkt, wie der Kapitalismus seine Krallen in das Fleisch der Klasse der Besitzlosen hineinschlägt, um sich am Leben zu erhalten. Noch ist es nicht zu spät, wenn das Proletariat sich befreien will, doch muß es sich der Schwere seiner Aufgaben bewußt werden. Die Bourgeoisie weiß, was ihr bevorsteht, denn die kommende Revolution hat aus dem November die Lehren gezogen, sie rüstet sich mit allen Mitteln gegen die Arbeiterklasse. Wirtschafts- und staatspolitisch, militärisch. Schon heute zeigt sie ihre Rücksichtslosigkeit, die sie dem Proletariat entgegensetzt. Sie muß, denn es geht um Sein oder Nichtsein. Dasselbe gilt es auch für die Arbeiterklasse, darum kann sie sich gegen rücksichtslosen Betriebseinstellungen, Aussperrungen und all die politischen Provokationen der Bourgeoisie nicht anders retten, als durch den politischen Machtkampf, der gegen alle Illusionen der Gewerkschaften und des Parlamentarismus Front macht, durch die proletarische Revolution. Nicht die Forderung: „Gebt uns Arbeit!", — sondern der Kampfruf: **„Nieder mit dem Kapitalismus!"**

Dazu ist jedoch notwendig, das gesamte Proletariat in- und außerhalb des Betriebes zu einer revolutionären Klassenfront zusammen zu schweißen. Die arbeitslosen Proletarier müssen eine Kampffront bilden, die auf den Nachweisen verankert ist, und sie müssen an das Proletariat in den Betrieben herantreten, sich zu einer Kampffront zu organisieren, gegen die kein Staat und keine Gewerkschaften anrennen können.

Die Arbeiterklasse hat nichts zu verlieren als ihre Ketten!

Der Kampf um Locarno

Die Regierung Luther hat sich in Locarno auf ein bestimmtes auswärtiges Programm festlegen lassen. Sie hat, ohne das Parlament zu befragen, unterschrieben und verlangt jetzt Deckung und Anerkennung ihres Vorgehens durch den Reichstag. Die erzdemokratischen und parlamentarischen Parteien sind mit dieser Uebergehung des Parlaments einverstanden. Sie jubeln über diesen Streich des „deutschnationalen" Kabinetts Luther, das eine echte Friedenstat vollbracht hat. Die Schiele, Neuhaus und Schlieben haben zwar Luther im Drang der Geschäfte zugestimmt, sie sind aber durch die bessere Einsicht ihrer Partei bekehrt. Gerade der Austritt dieser Männer aus der Regierung kommt der deutschen Demokratie und Sozialdemokratie äußerst gelegen. Er schafft eine glänzende Plattform für die „Verlogenheit" der deutschnationalen Politik. Die Wut ist besonders deshalb so groß, weil sie sich als die betrogenen Betrüger bekennen müssen. Die Zustimmung der Deutschnationalen zum Locarnoer Abkommen hat die Fertigindustrie dadurch erkauft, daß sie ihnen maßgebenden Einfluß auf die weitere Gestaltung der deutschen Wirtschaft zusicherte. Formell geschah es durch Aufnahme von 3 deutschnationalen Ministern in die Reichsregierung. Das Ministerium des Innern, der Finanzen und der Wirtschaft wurde ihnen übertragen. Es wurde aber auch von ihnen gründliche Arbeit geleistet. Das gesamte Steuer- und Zollprogramm war ihr Werk. Es wurde dadurch der Landwirtschaft und der Rohstoffindustrie die unumschränkte Herrschaft verschafft. Deutschland wurde zu einem Hochschutzzolland, d. h. der Binnenmarkt wurde restlos zu ihrem Monopol. Ihre wirtschaftliche Existenz war gesichert und ihr gleichzeitig die Fertigindustrie ausgeliefert. Es sei in dieser Hinsicht nur an die Abmachungen der deutschen und französischen Eiseninteressenten erinnert. Innenpolitisch und wirtschaftlich hatten die Landwirtschaft und die Rohstoffindustrie ihr Ziel erreicht.

Eine feste Regelung der auswärtigen Beziehungen, insbesondere die Eroberung des Weltmarktes durch die deutsche Fertigindustrie, war für die genannten Schichten von keiner ausschlaggebenden Bedeutung. Sie waren sich wohl bewußt, daß die deutsche Industrie den Weltmarkt nicht völlig entbehren kann. Auf der anderen Seite befürchteten sie aber, daß eine zu starke Einstellung auf den Export die bisherige Wirtschaftspolitik und damit ihre Machtstellung sprengen könnte. Sie sahen sich einer geschlossenen Opposition des Handels- und Bankkapitals sowie der kleinbürgerlich eingestellten Arbeiterschaft gegenüber. Die Sozialdemokratie besonders erwartet von der Bestätigung des Locarno-Vertrages eine Verbesserung der Lage der breiten Massen. Sie hofft, daß mit dem Abschluß und infolge dieses Vertrages das ausländische Kapital sich in stärkerem Umfang an der deutschen Wirtschaft beteiligen und daß schon dadurch die Produktion wieder in Gang kommen würde. Auf der anderen Seite würde eine Ablehnung des Vertrages einen offensichtlichen Bruch der gesamten Erfüllungspolitik bedeuten und die politische und wirtschaftliche Unsicherheit der Lage erhöhen.

Angesichts der steigenden Krisis in der deutschen Wirtschaft und den durchtbaren Aussichten für den kommenden Winter hatten die besonders unter der Kreditnot leidenden Schichten des deutschen Kapitals ein sehr starkes Interesse an einer sofortigen Wirksamkeit des Locarno-Vertrages. Die gesamte Zollgesetzgebung, die formell als Kampfmaßnahme gedacht war, mußte mit der politischen Befriedung fallen. Es wurde damit auch der Weg zum Abschluß von Handelsverträgen geebnet. Gleichzeitig wurde dadurch der allgemeine Boykott

Pacificierung Europas war wegen der Stellung des amerikanischen Kapitals eine bittere Notwendigkeit. Außerdem war sich dieser Teil des deutschen Kapitals sehr klar, daß sich bei der jetzigen Lage nicht eine bessere Stellung erreichen läßt. Militärisch ist Deutschland keineswegs imstande, den Kampf an der Westgrenze aufzunehmen. Es braucht eine Ruhepause in jeder Beziehung und zwar am meisten wegen der Notwendigkeit einer Akkumulation des Kapitals.

Infolge der ungeheuren Ueberlegenheit des angloamerikanischen Kapitals ist ein stärkerer Zusammenschluß des europäischen Industriekapitals erforderlich. Rein äußerlich vollzieht sich dies im Völkerbund. Die Zusammenschweißung bedeutet nicht, daß die einzelnen Staaten etwa gleichberechtigt nebeneinander wirken, wie es die pazifistische Ideologie glauben machen will. Vielmehr hat das englische Kapital die Führung an sich gerissen. Es ist der Garant für den europäischen Frieden. Auf der einen Seite sichert es das französische Kapital gegen Angriffe Deutschlands, auf der anderen Seite unterbindet es ein selbständiges Vorgehen Frankreichs im Osten, indem es das sogenannte Durchmarschrecht Frankreichs zur Unterstützung Polens und der Tschechoslowakei von seiner Zustimmung abhängig macht. Irgendwelche Veränderungen territorialer Art in Osteuropa hängen somit vom englischen Kapital ab. Infolge der wirtschaftlichen Lage und insbesondere wegen der Bezahlung seiner auswärtigen Schulden ist das französische Kapital gezwungen, nach den englischen Weisungen zu handeln.

Diese westliche Orientierung hat zur Folge, daß das deutsche Kapital von der Schutzzollpolitik absehen muß, wenn es seine Produkte auf dem Weltmarkt absetzen will. Es versucht, diese Einstellung mit der Beibehaltung eines guten Verhältnisses zu Rußland zu vereinbaren. Gerade die Gegner der Locarno-Politik weisen darauf hin, daß es nur ein entweder—oder gibt, und zwar, weil das deutsche Kapital den Artikel 16 der Völkerbundsakte zu bestätigen gezwungen war, der den Alliierten ein Durchmarschrecht durch Deutschland gibt. Diese Verpflichtung richtet sich offensichtlich gegen Rußland und macht Deutschland zum Aufmarschgebiet. Das deutsche Kapital hat in Locarno vergeblich versucht, sich dieser Verpflichtung zu entziehen. Die Alliierten haben aber bewußt darauf bestanden; insbesondere das englische Kapital wollte auf keinem Fall auf die europäische Angriffsfront gegen Rußland verzichten, zumal, da es Rußland in Asien gelungen war, sich mit einem Wall von Randstaaten zu umgeben, so daß ein englischer Angriff zur Unmöglichkeit wurde. Ohne das Durchmarschrecht durch Deutschland ist Rußlands Position unangreifbar, da Polen allein nicht imstande ist, mit dem russischen Reich erfolgreich Krieg zu führen. Würde sich Deutschland also nicht an England anschließen, so wäre Rußland wirtschaftlich auf Deutschland angewiesen. Ein Bündnis zwischen beiden Staaten könnte beiden theoretisch einen wirksamen Widerstand gegen das Ententekapital ermöglichen. Praktisch würde es an dem zur Inbetriebsetzung der deutschen Wirtschaft erforderlichen Kapital scheitern. Die deutsche Landwirtschaft und die Rohstoffindustrie — die Gegner von Locarno — sehen in Rußland ein Zwangsabsatzgebiet und hoffen hier einen genügenden Profit trotz Beibehaltung der Schutzzollpolitik zu erzielen, weil sie die Konkurrenz der übrigen Industriestaaten nicht zu fürchten brauchen. Dagegen glauben das Finanzkapital und seine Lakaien, daß die westliche Orientierung nicht einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Rußland entgegen steht. Sie bemühen sich sehr eifrig um den Nachweis, daß eins das andere nicht ausschließt. Die Rußlandfeindlichkeit der englischen Bourgeoisie halten sie nur noch für eine kurze Zeit möglich, weil die englische Industrie wegen der Absatzkrise den russischen Markt nicht entbehren kann. Außerdem glauben sie, daß sie durch Aufnahme von Krediten auch gleichzeitig das Geschäft mit Rußland finanzieren können.

Der Kampf für und gegen Locarno ist ein Streit über die zukünftige Wirtschaftsform und damit um die Macht unter den verschiedenen Kapitalsgruppen. Die alte Frage: Schutzzoll oder Freihandel, die ja auch nur der Ausdruck einer ganz bestimmten wirtschaftlichen Einstellung ist, verbirgt sich dahinter. Es handelt sich hier um nackte Existenzfragen des deutschen Kapitals. Die gesättigte Landwirtschaft und Rohstoffindustrie haben noch Zeit. Ihnen brennt noch nicht das Feuer unter den Nägeln. Anders liegt es bei der Fertigindustrie. Ein Konzern nach dem anderen kracht zusammen. Die Banken sind außerstande, die Sanierungen durchzuführen. Der Staat als letztes Mittel muß immer wieder eingreifen.

Das Proletariat hat keine Veranlassung, sich an diesen kapitalistischen Auseinandersetzungen auf der einen oder anderen Seite zu beteiligen und sich von der Bourgeoisie seine Stellung vorschreiben zu lassen. Sein Klasseninteresse kann allein seine Richtlinie sein. Dieses verlangt den Kampf gegen beide Richtungen. Sein Los wird in beiden Fällen dasselbe sein. Es muß endlich den scharfen Trennungsstrich ziehen und seinen eigenen Kampf beginnen.

Politische Rundschau

Der neue Anlauf

Am 31. Oktober und 1. November tagte in Berlin die 1. Parteikonferenz der neugeborenen KPD. Eine neue Etappe hat für die KPD. begonnen, die alte „Fischerei" hat aufgehört, „links"-„links", „ultralinks" ist beseitigt und eine „neue Fischerei" mußte wieder aus der Taufe gehoben werden. Es sollte die letzte große Abrechnung mit allem Uebel sein, um nun die Einheitsfrontbewegung vollkommen reingewaschen einzuleiten. Das Ende der Diskussion um den Ekki-Brief und die Ultralinken, um die Durchführung des neuen Kurses stand auf der Tagesordnung. Ein Vertreter der Exekutive gab den Kurs an, denn es galt vorerst manchen Fehler des Ekki-Briefes, von denen sich schon heute wieder eine Menge eingeschlichen haben, zu beseitigen. Vor allem galt es auch, den gedankenlosen Mitgliedern gewisse Lehren über die Auslegung des Ekki-Briefes mit auf dem Weg zu geben. Der anerkannte Seelenhirt führte u. a. folgendes zur ersten Wäsche aus:

„Ein bedeutender Teil der deutschen Genossen, welche für den Ekki-Brief gestimmt haben, verletzten das Schwergewicht der Diskussion auf das Gebiet der Disziplin gegenüber der Komintern. Diese Genossen haben jene Grundprobleme der weiteren Entwicklung der deutschen Partei, welche im Briefe des Ekki aufgeworfen wurden, außer acht gelassen. (Sehr richtig.)

So zum Beispiel stellten die Berliner Genossen den Parteivorstandes die Frage bei der Diskussion des Ekki-Briefes äußerst vereinfacht: „Das Ekki verlangt von uns die Annahme seiner Kritik der Abweichungen in der Partei. Wir erkennen diese Kritik an.

Es wäre ein Unglück für die Partei, wenn wir aus dem Ekki-Brief eine Art Evangelium machen würden, auf welches der Berliner Parteivorstand täglich schwören muß und nicht gleichzeitig alle Tiefen jener Probleme, welche jetzt vor der Partei entstehen, durchdachten und verständen.

Wenn man die Schlußfolgerung der ganzen Diskussion zu einer Frage der äußeren Disziplin verdreht, so verschiebt man den gesamten politischen Inhalt des Ekki-Briefes und das stünde im schroffsten Gegensatz zum Geist und Zweck dieses Dokumentes."

Leider ist das gewisse sehr richtig so eingebürgert, daß es auch hier immer und immer wiederkehrt. Die Moskauer Zentrale hat jedoch erkannt, daß die überaus große Disziplin, die dem Ekki-Brief entgegengebracht wurde, auf die „Einheitsfrontbrüder" der SPD. nicht gerade günstig gewirkt hat. Daß dieser neue Moskau-Befehl zu kritisch aufgenommen wurde. Das „Selbstbewußtsein" von unten auf muß also nachgeholt werden. Nach diesem ersten Tadel gegen die neuen Mitglieder ritt er gegen die Krisenerscheinungen der Ultralinken Sturm, um daraus die Schlüsse für den neuen Gewerkschaftskurs zu ziehen.

„Worin hat sich diese Form der Krise geäußert?"

„Erstens in der zahlenmäßigen Verringerung der Parteimitglieder, zweitens im Sinken der Werbefähigkeit der Partei, drittens in der Abnahme unseres Einflusses auf die Gewerkschaften, viertens in der Schwächung der Anziehungskraft der Partei auf die sympathisierenden Arbeiterschichten, die sonst bei den Wahlen ihre Stimmen gewöhnlich der KPD. gegeben hatten."

Die erste Parole lautet also: ran — ran — ran an die Massen. Also heißt es u. a. weiter in dem Referat, das in der „Roten Fahne" am 1. November abgedruckt ist. Auf die neuen „Siege" im Berliner Stadtparlament Bezug nehmend zieht es weiter:

„Benutzt euch, Genossen, zu beweisen, daß das Vertrauen, das euch das Berliner Proletariat durch die Wahl von 43 Kommunisten ins Berliner Rathaus gezeigt hat, nicht nur das einzige Wahlen des vergangenen Sonntag ist, sondern auch eine sofortige Besserung der Lage der Arbeiterklasse Berlins."

Die konsequente Folge hiervon ist natürlich, daß man mit allen Mitteln versucht, die Koalition mit der in München neu entlarvten SPD. zu verwirklichen, die ehemalige Koalition von Brandler wieder aufzurichten. Dazu ist natürlich notwendig, die damaligen Nachfolger Brandlers, die „Ultralinken", auszuscheiden. Ein neuer Parteiaufbau muß vollzogen werden. Es heißt:

„Die Frage der Eroberung der Massen stellt die Partei vor das Problem einer inneren Parteipolitik, die die Brücke von der Partei zu den parteilosen und sozialdemokratischen Massen schlagen kann.

Man kann zum Beispiel nicht ernsthaft von der Eroberung der sozialdemokratischen Arbeitermassen sprechen, und ihnen gleichzeitig einen von den Führern der Berliner Organisation, einen jungen Studenten Gerber oder Lilly Korpus entgegenzustellen (sehr richtig!), die nicht nur den sozialdemokratischen Arbeitern nicht imponieren können, sondern auch in ihren eigenen Parteikreisen nur minimale Autorität besitzen."

Im anderen Falle sind die Arbeiter aus den Betrieben nicht so leicht zur Opposition geneigt wie diese „jungen Studenten", die auch ganz gute Werkzeuge waren, bei dem ran an die Massen, aber nicht mehr genug ziehen. Interessant ist auch, wie die Komintern jetzt die Brandlergarnitur anfaßt. Bekanntlich haben diese in den ersten Schritt zur SPD.-Koalition getan, jedoch verfrüht. Also spricht er: Mayer oder Scholem?

„Meiner Meinung nach ist eine andere Fragestellung viel richtiger:

Wer kann unserer Partei jetzt am schnellsten solche Klassengenossen zuführen, denen die Barmatiade, der Bankrott des Dawes-Planes, der Zusammenbruch der sozialdemokratischen Koalition die Augen über den wahren Charakter der sozialdemokratischen Politik zu öffnen beginnen. (Sehr richtig!)

Welche Gefahr ist für die Partei in gegebenem Augenblick größer — die brandlerische rechte oder die ultralinke Gefahr?

Zur Zeit der Brandler-Zentrale war es die rechte Gefahr, jetzt, zur Zeit der ultralinken Gefahr ist es die scholemistische Gefahr."

Vor diesen „Ultralinken" hat man jedoch nicht die größte Angst, denn sie sind mit der Resolution, gegen die Ultralinken und für den Ekki-Kurs, mit 227 gegen 30 Stimmen zum Tode verurteilt. Entweder sie fügen sich, oder sie werden ausgeschlossen. Doch etwas anderes, das ultralinke Gefahr bietet:

„Ich muß Euch, Genossen, das Geständnis machen, daß mich jetzt nicht so sehr die organisierte ultralinke Fraktion der Scholem beunruhigt, als viel mehr der Rest von Scholemismus bei jenen, die hier nur aus Disziplin bedingungslos für den Offenen Brief des Ekki stimmen. (Sehr gut!)"

Dies sind jedoch die großen Teile der Frontkämpfer usw., die sich zum großen Teil gegen die Gewerkschaften einstellen. Mit welcher Demagogie die Komintern arbeitet, sieht man daraus, daß sie erklärt:

„Nach der Niederlage des Jahres 1919 entstand die KAP. Nach der Oktoberniederlage des Jahres 1923 entstand die Ultralinke."

Auf diese Zusammenhängung werden wir uns vorbehalten, noch einmal zurückzukommen. D. R.)

Die Komintern hat in Berlin gesprochen, die Resolution hat die Partei reingewaschen, nun kann es im Tempo nach „Amsterdam" und in die goldene Koalition hineingehen.

Auf dem Wege zur Einheitsfront

Paul Levis „Politik und Wirtschaft" deutet in einem Artikel von Huber der „Roten Fahne" am 1. Okt. folgenden Weg an:

„Man hat jetzt Koalitionen mit der Bourgeoisie gemacht in allen Fassons. Große Koalitionen, kleine Koalitionen. Mit guten und mit schlechten Leuten, mit guten und mit schlechten Vorsätzen. Und wirklich, ganz ohne Theorie —: was hat sie uns genützt? Uns nichts, den andern alles. Uns hat sie unendlich geschadet. Wer das nicht glaubt, sehe sich die Wahlen des vergangenen Sonntag an.

Die Wahlergebnisse des Berliner Sonntag haben eine über die Reichshauptstadt hinausgehende Bedeutung und zeigen die Möglichkeiten einer proletarischen Politik. So groß diese Möglichkeiten sind, so groß sind auch ihre Schwierigkeiten. Wenn eine Mehrheit nichts vollbringt, wird sie bei der nächsten Wahl zur Minderheit. Und diese Mehrheit kann nur dann etwas leisten, wenn sie sich zusammenschließt und die Wege gemeinsamen Handelns findet.

Der Weg zur gemeinsamen proletarischen Politik ist die einzige Möglichkeit dessen, was wir unter Realpolitik verstehen. Der Begriff der Realpolitik ist für uns das Gegenteil von Koalition mit den Bürgerlichen, das Gegenteil des Verzichts auf sozialistische Prinzipien.

Dieser Weg ist sicherlich schwieriger als der der Koalition mit den Bürgerlichen; er ist ein Weg, der erkämpft werden muß, der aber darum nicht weniger der einzige bleibt."

Die interessanteste Koalition mit den allergrößten Vorsätzen wird immerhin die Fortsetzung des Brandlerkurses im Berliner Stadtparlament sein, die Koalition zwischen KPD. und SPD. Dem Proletariat wird ein großes Stück lehrreiche Geschichte verloren gegangen sein, wenn sie nicht Wirklichkeit werden wird. Dabei fällt Paul Levi ohne Zweifel die beste Rolle zu. Hoffentlich lernen die Arbeiter nicht vorher noch begreifen, wie sich dieselbe Sozialdemokratie z. Zt. in München entpuppt.

Der Krieg um Mossul.

Wie die Londoner Presse meldet, erhielt das Foreign Office in der vergangenen Woche Kenntnis davon, daß die Türkei die Genehmigung erhalten habe, Truppen in Stärke von 5000 Mann durch Syrien an die Grenze des Irakgebietes zu befördern. Das Foreign Office habe sofort bei der französischen Regierung Protest erhoben, doch sei kein Anzeichen dafür vorhanden, daß diese den Truppentransport verbieten werde. Der Konflikt mit den Engländern wird jedenfalls durch diese Truppenaktion immer mehr auf die Spitze getrieben.

Also: Weil das Kind unterdrückt wird, darum fühlt es sich minderwertig. Es will aber vollwertig sein. Es will sein Minderwertigkeitsgefühl aufheben, ausgleichen (kompensieren), womöglich überkompensieren. Wieso es das will, darüber erfahren wir leider in der „neueren Psychologie" nicht, wir müssen es glauben.

Ebenso müssen wir glauben, daß wirklich jeder Mensch — bewußt oder wie es in der Regel der Fall sein soll, unbewußt — an Minderwertigkeitsgefühlen leidet. Es werde das nur an relativ wenigen Geistesarbeitern (eigentlich kommt nicht jedem der Weise) festgestellt. Aber wir wollen uns hier nicht mit dieser sehr wackligen Basis der ganzen Theorie beschäftigen. Die beiden kritischen Bemerkungen sollten nur verhindern, daß in Form der „neueren Psychologie" nicht eine neuere Form der Scholastik entsteht und daß man dabei nicht ganz im Sinn von Rühle gehandelt.

Es besteht aber noch eine Schwierigkeit für diese Theorie und diese gibt Rühle den Anlaß, eine besonders enge Verbindung der Individualpsychologie von Adler mit dem Marxismus herzustellen. Es fragt sich nämlich, wieso die Kompensation und Ueberkompensation fast immer in der Richtung eines autoritären, gemeinschaftsfeindlichen, egoistischen Handelns erfolgt, wieso der Mensch nicht ebensogut durch Taten zum Wohle der Menschheit sein Minderwertigkeitsgefühl kompensiert. Das kommt auch tatsächlich vor: „ist ein angeborenes Gemeinschaftsgefühl noch nicht ganz verkümmert, so wird er seinen Expansionstrieb gemeinschaftsfördernde Wege weisen und sich durch hervorragende Leistung zur Geltung zu bringen trachten. (Hier hat das „Genie seine Wurzel.) So soll z. B. Beethoven seine großartigen Werke komponiert haben, um sein Minderwertigkeitsgefühl, das durch schlechtes Gehör erzeugt war, zu kompensieren! Wir erfahren aber, daß der Mensch ein angeborenes Gemeinschaftsgefühl hat. Dieses soll aber vermutlich sein und der Machttrieb immer mehr vorherrschen. Denn diese beiden Triebe machen den Menschen aus. In der Urzeit seien sie wahrscheinlich beide gleich gewesen. Im Lauf der Zeit aber — mit fortschreitender Arbeitsteilung, Vordringen des Privateigentums usw. — ist der Gemeinschaftstrieb immer mehr verkümmert. Die Zukunftsentwicklung müsse nun wieder eine Stärkung des Gemeinschaftstriebes bringen. (Warum? Bestehe Privateigentum? Rühle: Die Marx- und dem Gebiete der Wirtschaft, habe Adler auf dem Gebiete der Seele feststellen können: „So haben wir gesehen, daß Marxismus und Individualpsychologie in ihrer Auffassung der Vergangenheit ihrer Vorteile der Gegenwart und ihrer Forderungen für die Zukunft übereinstimmen."

Damit sind die Hauptpunkte des Rühlschen Gedankenganges angeführt. Es treffen sich darin Momente von zwei ganz verschiedenen Seiten, wie es Rühle oft selbst betont: Marxismus und Individualpsychologie. Und beide bekommen dabei wieder ein Gesicht, wie sie es vorher nicht hatten und jeder nicht zu ihrem Vorteil. Mit der Psychologie wollen wir uns hier nicht befassen *) aber mit dem Marxismus. Wir wollen zeigen, daß er der vielgepriesenen Ergänzung durch die Individualpsychologie nicht bedarf.

*) Eine eingehende Auseinandersetzung mit dieser Psychologie soll in einem Aufsatz im „Proletarier" erfolgen.

Erziehung und Klassenkampf

Otto Rühle stellt in letzter Zeit die Erziehung immer weiter in den Vordergrund, erklärt ihre Rolle für die Revolution als immer bedeutender. Er kommt zu ganz extremen Sätzen wie: „Die kapitalistische Erziehung ist das stärkste Mittel zur Verhinderung der proletarischen Revolution", „Die eigentliche und damit wahre Revolution ist also die Revolution des inneren Menschen." „Ist der Abbau der Autorität dringendste revolutionäre Aufgabe, so ist die auf- (oder besser!) autoritäre Erziehung heute das bedeutendste Mittel zur Lösung dieser Aufgabe."

Die Erziehung steht also im Mittelpunkt des Klassenkampfes. Es ist wichtig, sich mit diesem Standpunkt auseinander zu setzen, nicht weil er ein Symptom unserer heutigen Lage. Wir sind — es hat keinen Zweck, sich das nicht einzugestehen — aus dem Zentrum des politischen Kampfes hinausgedrängt, weil er Formen angenommen hat, die mit Revolution nichts zu tun haben. Wir stehen auf Außenposten, müssen uns mit ausfüllender Propaganda begnügen. Das ist sehr zu bedauern. Aber man macht die Sache nicht besser, sondern tausendmal schlechter, wenn man das, was man aus der Not gezwungen tun muß, nun auf einmal als das einzig wahre revolutionäre hinstellt. Wir haben erschreckende Beispiele für diese Gefahr. Der Sozialdemokratie war vor dem Kriege durch die Verhältnisse ein Kampf gegen die Monarchie, für Tagesforderungen des Proletariats aufgezwungen. Daraus machte der Revisionismus die Theorie, daß auf diesem Wege über Reformen der Sozialismus entstehe.

Der Weg von der ausländischen Propaganda zur Erziehung ist äußerlich nicht sehr groß, der Weg zurück, wenn die Zeit wieder gekommen ist, von der Erziehung zum tatsächlichen Kampf, wird für Viele unmöglich sein, wenn sie sich erst einmal die Theorie von der „inneren Revolution" festgesetzt hat. Darum muß von Anfang an dagegen gekämpft werden.

Wir wollen uns aber die Begründung Rühles genau ansehen, weil sie scheinbar unwiderlegbar ist, beruht sie sich doch auf die neueste Psychologie (Seelenkunde) also auf eine exakte Wissenschaft.

Wir sprechen von der Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats. Wir meinen damit, daß es nicht nur darauf ankommt, daß das Proletariat dumpf, instinktmäßig, sich in seinem Kampf um mehr Lohn gegen seine Unterdrücker wehrt, sondern, daß es seiner Klassenlage bewußt wird. Denn nur dann wird es sie überwinden wollen, während es sonst nur immer etwas mehr Lohn will.

Rühle sagt über die Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats in seinem Aufsatz in der Einheitsfront folgendes: „Selbstbewußt heißt selbstständig, eigenes, proletarisches Bewußtsein. Heißt, Vollwertigkeitsgefühl als Persönlichkeit im Rahmen des Klassengegensatzes und Klassenbewußtseins. (Von mir fett gesetzt. R.). Wobei Klassenbewußtsein nicht nur Erkenntnis der Klasselage, bestenfalls Bereitschaft zu gemeinsamer Abwehr der dem Proletariat drohenden Gefahren bedeutet, sondern vielmehr Erkenntnis der historischen Sendung des Proletariats, die sich in seiner revolutionären Rolle darstellt und aktive Anteilnahme an der Durchführung dieser Rolle. Die AAU. hat erkannt, daß die Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats zu beginnen hat mit dem Abbau des autoritären Prinzips."

Es ist offensichtlich, daß in dieser langen Erläuterung zwei ganz verschiedene Dinge dringstecken. Das was wir als das wesentliche ansehen, ist dazwischen geschoben, am Anfang und am Ende steht das, worauf es Rühle hauptsächlich ankommt, wie das folgende zeigen wird.

Was heißt das: „Autorität des Prinzip?" Damit es Autoritäten gibt, muß es Glauben geben. Dadurch, daß ich eine Einrichtung, eine Lehre usw. als richtig ansehe, nicht weil ich mich davon überzeugt habe, sondern einfach darum, weil sie von „oben" kommt, dadurch mache ich diese Einrichtung, Lehre, Person zur Autorität und die heutige Welt ist, bis in ihre obersten Spitzen durchdrungen von dem Glauben an die Richtigkeit, alles was von „oben" kommt. Darum ist sie aufgebaut auf dem autoritären Prinzip.

Rühle versteht darunter aber noch mehr, gibt dem „autoritären Prinzip" noch einen weiteren Sinn. Er spricht von der „Autorität in uns". Was meint er damit? Der Mensch von heute glaubt nicht nur an die Autorität, sondern er will selbst Autorität sein. Dann wer Autorität hat, d. h. an wen andere Menschen glauben, hinaufschauen, der hat Macht. Nun sieht man, daß man das Ganze umdrehen muß: Weil der Mensch nach Macht strebt, weil er über andere herrschen will, darum errichtet er die Autorität, darum lehrt er, daß man an den höheren, an den weisesten, an den älteren glauben müsse.

Es ist damit aber noch nicht ganz klar, warum Rühle vor allem, in erster Linie „Abbau dieses Machtstrebens, dieser Autorität in uns" fordert. Er gibt dafür zwei Gründe an: 1. Sie Autorität in uns" fordert. Er gibt dafür zwei Gründe an: 1. Sie zeigt, wie das geratene Streben nach Geltung und Ueberzeigt, wie das geratene Streben nach Geltung und Ueberlegenheit die Menschen seelisch distanziert und isoliert. Die Beziehungsfähigkeit geht verloren. Einer ist des anderen Konkurrent, Rivale, Widersacher, Teufel. Wahre Freundschaft und Kameradschaft werden immer unter uns zur Fiktion. Es gibt keine Solidarität mehr. Es bestehet der gegenseitige Kampf, je erbitterter das Ringen um Ueberlegenheit, desto häufiger die Entäuschung, desto verheerender die Wirkung des Mißerfolges auf die menschliche Seele. Das Ende der Zwietracht und Feindseligkeit der Zerfleischung und Uneinigkeit, das heute die Arbeiterbewegung darbietet, ist das Ergebnis des immer verzweifelter geführten Ringkampfes um die persönliche Gesinnung. In einer Umwelt privater Konflikte und Kämpfe wird ein Riesenmaß seelischer Energie vergeudet, die den Klassenkampf verloren geht. Mann und Frau, Eltern und Kinder, Nachbarn und Arbeitskollegen, Organisationsgenossen und Freunde stehen sich alle Augenblicke als erbitterte Feinde gegenüber. Auch die Aermsten und Gedrücktesten finden keinen Weg zu lebendiger Kameradschaft; sie reißen sich die letzte Brotrinde anstatt sie zu teilen, gegenseitig aus dem Halse und stoßen sich anstatt die Hände zu reichen, wechselseitig ins Verderben.

Aber es geht nicht nur Kraft verloren, der autoritäre Mensch sieht die Welt auch ganz anders und zwar so, daß er keine Revolution machen kann: „Mit einer bürgerlichen (d. h. eben autoritären. R.) Orientierung macht der Mensch (aus den objektiven Bestandteilen und Gegebenheiten in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft), entsprechend seinen klassenmäßigen Sicherungsbedürfnissen, eine Rechtfertigung und Erhaltung der überlieferten Welt mit Privatinteressen, Individualismus, Egoismus, Machtstreben, Autorität. Daher auch: „Es gibt keine Revolution, die nicht vorbereitet durch Hirn, Bewußtsein und Seele des Menschen hindurchgegangen wäre."

Durch das bisherige ist begründet worden, wieso die Erziehung eine solch hervorragende Rolle einnehmen muß und es ist zugleich eine ganz bestimmte Aufgabe gestellt, die durch die Erziehung zu lösten ist: Die Autorität in uns muß vernichtet werden. Wie das möglich ist zeigt nun eben die „neuere Psychologie", die Individualpsychologie von Alfred Adler. (Nicht zu verwechseln mit dem „Marxismus" Max Adlers.) Sie lehrt uns nämlich, wieso der Minderwertigkeitsgefühl kommt. Es entsteht schon in der frühesten Kindheit. Ja, der allererste Schrei des Kindes ist eine Aeußerung davon. Lassen wir Rühle wieder selbst sprechen:

Der Kern jeder kindlichen Situation ist das Gefühl der Schwäche und Minderwertigkeit, das mit Einsatz jedes Zieles ist die Gewinnung von Machtgefühl und Ueberlegenheit.

Jeder Mensch kommt als Kind in eine fremde, unbekannte, unverständliche Welt, unter eine Schar von Erwachsenen, die ihm befehlen, es belehren oder bestrafen, die ihm als frei, mächtig und groß erscheinen. Der Gegensatz klein-groß, schwach-stark wird von jedem Kind übermäßig stark empfunden und in dem Bilde unten-oben, weiblichen-männlich festgehalten. Tritt zu diesem, wenn auch übertrieben gewerteten, so doch tatsächlich gegebenen Grundgegensätzen noch beim Kinde die Unguust sozialen Milieus, eine verständnislos-autoritative Erziehung und die Benachteiligung körperlicher Mängel oder Gebrechen, so sind alle Bedingungen vorhanden, um im Kinde eine geeignete Empfindlichkeit hervorzurufen, seine Organe für Messen und Vergleichen scharf zu machen und ihm von der eigenen Person eine sehr geringe, von Mitmenschen und Umwelt aber eine übermäßig hohe Meinung beizubringen. Das Minderwertigkeitsgefühl wird der Angelpunkt aller seelischen Ereignisse.

Dieses Minderwertigkeitsgefühl strebt nun nicht nur nach einem Ausgleich, einer Kompensation; es wirkt in der Seele im so schmerzhafter Schärfe, daß eine Betonung im andern Extrem, eine Ueberkompensation, fordert. Das Leben, das der Seele als tauglich zu dieser Ueberkompensation vorschwebt, heißt Macht und Ueberlegenheit. Von der tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen Minderwertigkeit entwirft nun die Seele, meist in ihren unbewußten Regionen, strategischen Leitlinien, die zum Ziele der Ueberlegenheit und des Geltungsgefühls führen. Die ganze Psyche wird unter das Gesetz des so ausgerichteten Lebensplanes gestellt und sowohl Gedichtetes, wie Versand und Wille arbeiten tendenziös in seinem Sinne, Bereitschaften und Verhaltungsweisen wie beispielsweise Trotz, verstärkte Aggression gegen Mensch und Leben, oder aber Demut und krampfhafte Unterwerfung (ein Siegenwollen mit männlicher oder weiblicher Waffen, je nach dem) — werden ausgebildet. Was ohmals geübt wird, gräbt Furchen ein; so formt sich der Charakter. Er ist nichts Angeborenes und Unabänderliches, sondern das je nach körperlichen und sozialen Vorbedingungen entgegebene Produkt aller Verhaltungsweisen, die der Behebung des lästigen, entmutigenden Minderwertigkeitsgefühls und der Vorbereitung einer mit allem Glanz ausgestatteten Zukunft dienen."

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands
Allgem. Arb.-Union ★ Komm. Arb.-Jugend ★ V. R. U. K.

Sonnabend, den 7. November, abends 7 Uhr
Stadthalle Klosterstraße (Untergrundbahnhof)

NOVEMBER-FEIER

Mitwirkende:
Hollfelder-Kammermusik-Quartett
1. Violine, 2. Violine, Cello, Baß
Flügel.
Gemischter Chor Groß-Berlin

Der Ueberschuß wird zugunsten der politischen Gefangenen der V. R. U. K. überwiesen.

Die Eintrittskarten sind vergriffen. Eine Abendkasse findet nicht statt. Ohne Karten kein Einlaß.

Die Abwürgung der Novemberrevolution

Als im November 1918 die Proletariermasse gegen den Willen der SPD.- und Gewerkschaftsführer die Monarchie wegfegte und sie dann in ihrem Siegestaumel diejenigen an ihre Spitze stellt, die sie noch gestern offensichtlich verraten hatten, da war es Karl Liebknecht, der in der „Roten Fahne" immer und immer wieder auf die heranmarschierende Konterrevolution hinwies. Da war es Karl Liebknecht, der am 10. November den Soldatenräten im Zirkus Busch zurief: „Die Konterrevolution sitzt mitten unter Euch", unbekümmert darum, daß Soldaten das Gewehr auf Im anlegten. Gegen die Truppen des General Lequis blies dieser Zeit die „Rote Fahne" kräftig Alarm. Ihre Warnungen wurden aber von krankhaft „friedliebender und ordnungs-liebender Proletariern in den Wind geschlagen. Der „Dolchstoß-Prozeß", der dieser Tage in München stattfand, hat die Erinnerung an diese Tage wieder aufgerollt und rücksichtslos die Verräterrolle der Scheidemänner blodgelegt.

General Gröner, der damalige „Bürgergeneral", führte über die Tage vor dem 9. November folgendes aus:

Bei einer Sitzung am 6. November, an der Ebert, Scheidemann, David, Braun, Südekum und Legien teilnahmen, sagte Ebert: Die Abdankung des Kaisers ist unumgänglich notwendig, wenn man die Revolution vermeiden will, und die Monarchie retten will, der Kaiser müsse sofort heute oder spätestens morgen abdanken. Eine Regentschaft des Kronprinzen ist augenblicklich unmöglich, es müßte einer der anderen Kaisersöhne für den ältesten Sohn des Kronprinzen die Regentschaft führen. Ich ersuche das ablehnen. Denn der Feldmarschall hatte mir den Auftrag gegeben, den Kaiser zu schützen. Ebert bedauerte meine Ablehnung und sagte einige freundliche Worte. Vielleicht liegt meine Schuld darin, daß ich so töricht war, nicht auf Eberts Vorschlag einzugehen. Ich hätte sagen müssen: Jawohl, Herr Ebert wir verbünden uns. Ich sorge dafür daß der Kaiser abdankt. Sie sorgen, daß keine Revolution ausbricht.

Und Weis berichtet:

Am 8. November 1918 am Abend kamen die Vertrauensleute aus den Berliner Betrieben zu uns, Ebert, Scheidemann und ich, wir beschworen sie, daß die Leute am 9. November zunächst noch in die Fabriken gehen sollten und wenigstens bis 9 Uhr morgens abwarten sollten. Am 9. November um 7 Uhr früh kamen die Vertrauensleute wieder und sagten, die Leute seien in den Fabriken nicht zu halten, wenn wir uns dagegenstellten, gingen sie über uns hinweg. Da sagte ich zu ihnen: Dann stellt euch an die Spitze der Bewegung!

Die revolutionäre Welle ging über alle Schranken hinweg. Die SPD. stellte sich an die Spitze, um sie wieder anzubiegen. Hören wir weiter, was General Groener über die Entwicklung der Dinge nach dem 9. November aussagte:

Am 10. November stand die OHL. vor der Entscheidung, was sie tun solle. Ich erhielt von Feldmarschall den Rat, nicht mit der Welle in der Hand die Revolution zu bekämpfen, weil die Truppen nicht in einer entsprechenden Verfassung waren. Ich schlug ihm vielmehr vor, ein Bündnis mit der Mehrheitssozialdemokratie zu schließen. Die Rechtsparteien waren ja vollkommen verschwunden. Das war dem alten Marschall keine sympathische Lösung, aber da er die Notwendigkeit einsah, verstand er sich dazu. Am 8. November 1918 schrieb er in den bereits in Munsterbarger Prozeß verlesenen Brief an Ebert. Unser Ziel war einmal, das Heer aus der Atmosphäre der Revolution herauszuführen. Wir haben jeden Tag zwischen 11 und 1 Uhr nachts zwischen der Fürstenkanzlei und dem Großen Hauptquartier ein telefonisch besprochen auf einem unterirdischen Drahtl, welcher unter der Leitung der Zentrale geleitet war, so daß wir keine Mitleser hatten.

Vom 10. November ab war unser nächstes Ziel, in Berlin den Arbeiter- und Soldatenräten die Gewalt zu entreißen. Dieserhalb planten wir den militärischen Einzug von zehn Divisionen in Berlin. Die unabhängigen Mitglieder des Volksbeauftragten-Rates hingen, soweit ich mich erinnere, auch die A.- und S.-Rätte, forderten, daß die Truppen ohne scharfe Munition einrücken könnten und sein Oberkommando, daß die Truppen mit scharfer Munition einrücken.

Wir arbeiteten ein genaues militärisches Programm für die Einzugstage aus, welches die Truppen in Berlin durch einzelnen Divisionen nach Quartieren Tag für Tag vorsah. Alles war auf das genaueste mit Ebert besprochen. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen.

Die Säuberung Berlins nach einem festen Programm Das Oberkommando Lequis — mir ist dieser Zweck besonders empfohlen — war in einem Vorort in Privatgebäuden untergebracht. Der Einmarsch geiste äußere Würde. Aber die Truppen entwickelten einen unerwarteten Drang nach Rasse, so daß unser Programm nicht ausgeführt werden konnte.

Am 23. Dezember rief Ebert auf dem geheimen Draht Herrn Groener an, daß die Matrosen die Wilhelmstraße besetzt hielten. Den Truppen Lequis wurde Befehl zum Vormarsch gegeben. Sie hatten die Absicht, die Matrosen totzuschlagen. Ebert stellte sich dem noch im Augenblick entgegen. Darauf sagte ihm Groener:

„Herr Ebert, wir haben ein Bündnis geschlossen: die Truppen, die Sie befreien, müssen die Möglichkeit haben, die Gegner nach Kriegs- und Standgericht zu behandeln."

Ebert erklärte darauf, er wolle keine Schwäche oder Weichherzigkeit. Es solle nur in der Wilhelmstraße kein Blut fließen. Nachts 1/2 3 Uhr gab Ebert dann den Befehl zur Beschießung des Schlosses und den Marstalles. Den unabhängigen Volksbeauftragten aber erklärte er, daß er mit dieser Tat nichts gemein habe, und daß die Beschießung ohne sein Wissen und ohne seine Billigung von unbekannter Seite befohlen worden sei!

Gröner fuhr dann in seiner Aussage fort und erklärte, daß es der Wille Eberts gewesen sei, die Säuberung Berlins von den revolutionären Arbeitern und Matrosen auch während der Weihnachtstage fortzusetzen. Wiederum scheiterte das an dem konterrevolutionären Verhalten der Soldaten; sie wollten Weihnachten im Kreise ihrer Familie verbringen und sich entzogen dem Willen Eberts, an dem Feste der Näch

Frunse gestorben

Moskau, 31. Oktober.

Der Volkskommissar für das Kriegswesen, Frunse, ist am Sonnabend nach kurzem Krankenlager in Moskau gestorben.

Frunse wurde im Jahre 1885 in Pischkep (Turkestan) als Sohn einer Bauernfamilie geboren. Als Student der Technischen Hochschule in Petersburg nahm er teil an der bolschewistischen Fraktion der Sozialdemokratie und wurde aus Petersburg ausgewiesen. 1905 nahm er am Dezembraufstand in Moskau teil und wurde 1906 als Delegierter der russischen Sozialdemokratie zum Stockholmer Parteitag entsandt. Er arbeitete dann in einer Textilfabrik in Iwanow Wosnessensk, wo er wegen Organisierung eines sozialdemokratischen Verbandes und wegen Widerstandes gegen die Polizei verhaftet und zweimal zum Tode verurteilt wurde. Die Strafe wurde in eine zehnjährige Zuchthausstrafe umgewandelt. Im Jahre 1915 gelang es ihm, zu entfliehen. Er arbeitete in der zaristischen Armee an der Bildung revolutionärer Organisationen.

Nach der Februarrevolution nahm er als Führer der Sowjets in Wellrußland am Kampfe gegen Kornilow teil. Nach der Oktoberrevolution wurde er zum Vorsitzenden der Gouvernements-Exekutive in Iwanowo-Wosnessensk gewählt. Er kommandierte vier Armeen an der Südfront, die die Koltschak-Armee zurückschlugen, ferner war er Kommandeur an der turkestanischen Front und als Kommandeur der Südfront gegen Wrangel Lösser entscheidender Aktionen. Vom Jahre 1920 bis 1924 hatte er den Oberbefehl über die Wehrmacht in der Ukraine und Krim. 1924 wurde er zum Stellvertreter Trotzkis und im Januar 1925 zum Volkskommissar für den Krieg ernannt.

Die Ursache des Todes Frunses war Herzlähmung, die nach einer Magen- und Darm-Operation eintrat.

Frunse war einer derjenigen, die die Kampfmittel der Konterrevolutionäre Proletariat und Bauerntum anwendete und gerade deshalb wurde er als einer der Fähigsten in der russischen bolschewistischen Partei angesehen. Sein Wirken in der Ukraine hat ihm am meistgehaßten Mann dort gemacht. Die Machnowitzi

die Anhänger des Anarchisten Machnow

wurden auf seinen Befehl zu Tausenden hingeschlachtet.

Ohne uns mit den politischen Zielen der Machno-Bewegung zu identifizieren, müssen wir doch feststellen, daß diese Anarchisten schon während der Besetzung der Ukraine durch die deutschen Truppen einen heldenhaften, erfolgreichen Kampf um ihre Befreiung führten, daß sie, und nicht die Bolschewiki, in der Hauptsache es waren, die die Ukraine von den weißen Truppen eines Petlura, eines Denekin, eines Wrangel säuberten. In der Stunde der Gefahr suchten die Bolschewiki stets das Bündnis mit den Machnowitzi, um es nachdem wieder schmählich zu brechen. Und als die Heere Wrangels den Bestand der russischen Sowjetrepublik bedrohte, da waren die Machnowitzi die treuen Freunde und Verbündeten der Bolschewiki, denen völlige Gleichberechtigung in Agitation, Propaganda, Presse, bei den Wahlen zu den Räten usw. zugestanden wurden. 10 Tage später, nachdem die Machnow-Truppen den General Wrangel vernichtend geschlagen hatten, aber ließ der Kommandeur der bolschewistischen Truppen in der Ukraine, General Frunse, die Befehlshaber der Machnow-Armee angeblich zu einer Besprechung zusammenkommen, dieselben wurden gefangen genommen und sofort erschossen! Darauf setzte der Anarchistenfang im ganzen Lande ein, die Verwundeten wurden aus den Lazaretten geholt und erschossen! Um die Männer zu bekommen, nahm man die Frauen fest, bis sich die Männer freiwillig meldeten! Jeder gefangene Anarchist wurde sofort erschossen. Diese Blutschuld an der ukrainischen Revolution hat der General Frunse auf sich geladen!

Mag die Vergangenheit Frunses, ein revolutionären Helden erscheinen lassen, die Abschlachtung der ukrainischen Revolutionäre im Jahre 1920 auf seinen Befehl hat diese Vergangenheit ausgelöscht.

Was Noske in Deutschland, war Frunse in der Ukraine. Mögen die Toten ihre Toten begraben, einen Verlust erleidet das revolutionäre Proletariat durch den Tod Frunses nicht.

Hartnäckiges Vorbeireden

So schreibt die „Rote Fahne" am 1. November über die Einheitsfront-Verhandlungen, und zitiert den „Vorwärts vom 31. Oktober, der sich seinen Bohlen sehr genau angehört hat, folgendermaßen:

„Unsere Feststellung, daß die Gewerkschaften ihre besonderen Aufgaben haben, und sich nicht an die Stellen der politischen Parteien setzen können, um Gemeindepolitik zu treiben, hat die „Rote Fahne" sehr in Harnisch gebracht . . . Wenn die Moskowiter sündigen so ist es gewiß nicht durch Bescheidenheit.

Es handelt sich nur um eines der beliebten Manöver. Man will die Gewerkschaften wieder einmal „entlarven". Da man sicher ist, daß die Gewerkschaften in der Aufstellung von Forderungen weit hinter der KPD. zurückbleiben würden, so gäbe das wieder einmal die schöne Gelegenheit gegen die Gewerkschaften zu hetzen.

Wenn die „Rote Fahne" erzählt, „Die Gewerkschaftsmitglieder fordern . . ", „die gesamte werktätige Bevölkerung" schließe sich diesen „Forderungen" der Gewerkschaftsmitglieder an, so sind das vorläufig nur Behauptungen der „Roten Fahne", und die wiegen nicht schwer. Die Gewerkschaften lehnen es ab, nach russischem Muster Hilfsorgane der KPD. zu sein und dadurch die eigentlichen Gewerkschaftsaufgaben zu vernachlässigen. Mit dieser Tatsache wird sich die KPD. abfinden müssen."

Doch sie verstehen sich schon, und die KPD. glaubt nicht daran aus der Reihe zu tanzen. Die „R.-F." schreibt: „Wir haben erklärt, daß die kommunistische Stadtverordnetenfraktion dem von den freien Gewerkschaften präsentierten Forderungen, die im Interesse der Arbeiterschaft liegen, zustimmen wird. Die freien Gewerkschaften haben also nur diese Forderungen aufzustellen, und bei der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion ebenaflls durchzusetzen."

Der Einheitsfront steht nichts im Wege.

Die Koalitionspolitik der französischen Sozialdemokratie

Die politische Kommission der sozialistischen Fraktion hatte am 31. Oktober eine Besprechung mit Painlevé. Daran nahmen teil Leon Blum, Renaudel, Moutet, Auriol, Paul Boncour und Mistral mit Painlevé. Die durch Paul Faure und Compère-Morel vertretene Linke der französischen Sozialdemokratie wurde nicht hinzugezogen. Eine amtliche Mitteilung über die Unterredung ist nicht ausgegeben worden. Diese Besprechung erstreckte sich auf die verschiedensten Gegenstände, besonders auf die Fragen Syrien, Marokko, die Wiederherstellung der Finanzlage, den Entwurf für die nationale Sicherung usw. Nach der Sitzung teilte der Abgeordnete Paul Boncour als Vertreter der Agentur Havas mit, daß die von Painlevé gegebenen Auskünfte ermöglicht hätten, festzustellen, daß er seine Pläne mit der notwendigen Vorsicht und Geschmeidigkeit (!) vorbereitet habe, und daß die Sozialisten darauf hingewiesen haben, sie verteilen keine starre Formeln (!). Die schwierigste Frage sei die Marokkofrage, aber die Worte des Ministerpräsidenten hätten die Kollegen anscheinend beruhigt. Er, Paul-Boncour sei bereits vollkommen beruhigt. Ueber Syrien erklärte Paul-Boncour, daß er sich nicht nach Syrien begeben könne, daß er aber in Paris täglich an der Gestaltung des syrischen Mandats arbeiten würde.

Diese Abmachungen bedeuten eine erweiterte Koalition der Painlevé-Regierung durch die Sozialdemokratie, die man noch unter der alten Zusammensetzung des Kabinetts aufs Aeußerste ablehnte. Die äußerste Opposition wurde jedoch vorher ausgeschaltet. Das Schuldenproblem und die Kriegsfrage wird nun mit Hilfe der Sozialdemokratie gelöst werden müssen, und Boncourt wird wohl über sein Mandat als Prüfungskommissar für den Krieg in Syrien eines Tages als offizieller Kolonialmitschlüsser der französischen Regierung in Syrien einziehen. Die Opposition gegen die französische Regierung ist somit wieder um ein Teil zusammengeschrumpft, natürlich ohne das Problem der Sanierung zu lösen.

Wirtschaft

Ein Wirtschaftsbarometer.

Als ein Gradmesser für den Stand der Wirtschaft kann immerhin die Kistenindustrie angesehen werden. Nach den Berichten des kürzlich stattgefundenen Verbandstages des Verbandes deutscher Kistenfabrikanten steht es mit dieser Industrie sehr kritisch. Im abgelaufenen Geschäftsjahre haben 69 Firmen ihre Betriebe stillgelegt. Es entfielen an vollständigen Betriebseinstellungen, nach Staaten gegliedert: auf Mitteldeutschland (Sachsen, Thüringen, Harz, Prov. Sachsen und Braunschweig) 70,5 v. H. (Vorjahr 50 v. H.); nach Betriebsgrößen gegliedert: auf Betriebe bis zum Umfange von fünf Arbeitern 86 v. H. (Vorjahr 80 v. H.). Daraus läßt sich schließen, daß das Sterben in der Kistenindustrie im Geschäftsjahre (1. Juli 1924 bis 30. Juni 1925) und im Verbandsbereiche sich vorwiegend auf Mitteldeutschland und auf die Kleinbetriebe erstreckte. Trotzdem die größeren Fabriken auch Einbuße an Absatz haben, läßt sich hier wie in der gesamten Wirtschaft Verzeichnen: Die Großen fressen die Kleinen.

Die Kistenfabrikanten schreien nach höheren Schutzzöllen. Eine ganze Reihe stände vor dem Ruin. Die Halbtoten, die um jeden Preis verkaufen um den ausgehenden Atem noch etwas zu halten, drücken die Preise. Es wurde über die Konkurrenz der Gefängnisarbeit geklagt. Die Branche ist fast vollständig organisiert.

Günstige Geschäftslage der Braunindustrie!

Der Verband Rheinisch-Westfälischer Brauereien, GmbH., Dortmund, hielt am 30. Oktober seine diesjährige Gesellschafterversammlung ab. Im Braujahre 1924-25 wurden rund 4,2 Millionen Hektoliter Bier abgesetzt gegen 3,9 und 3,6 in den vorausgegangenen Jahren. Allerdings hat die Produktion noch nicht 50 Prozent des Vorkriegsquantums erreicht. Wie in der gesamten kapitalistischen Entwicklung macht es sich auch im Braugewerbe bemerkbar, daß trotz zunehmendem Bierabsatz die Zahl der Brauereien abgenommen hat. Die Zahl der dem Brauerei-Schutzvertrag angehörenden Firmen stellte sich 1920-21 und 1921-22 auf 96, 1922-23 auf 82, 1923-24 auf 75 und 1924-25 auf 73.

Die größte Sorge der Brauereien ist, daß die Betriebsstillegungen und Einschränkungen in der Industrie den Suff einschränken könnten. Die Zunahme des Bierkonsums trotz rückläufiger Konjunktur ist aber wohl zweifellos auf das Saufen aus Verzweifelung zurückzuführen.

Die Not der dänischen Werften.

Die Lage der dänischen Werften verschlechtert sich. Mit Ausnahme von Burmeister u. Wanis, haben alle übrigen Werften wieder größere Entlassungen vorgenommen. So z. B. entließ die Aalborg-Werft neuerdings wieder 100 Arbeiter. Die Kopenhagener Flydedok og Skibswerft, die bis zu 1400 Mann beschäftigte, hat zurzeit noch 400 Arbeiter. Die Nakskovwerft hat in letzter Zeit größere Arbeiterentlassungen vorgenommen.

Kleiner Wirtschaftskurier

Erschließung der Türkei für den Radioverkehr.

In Konstantinopel ist mit 300 000 türkischen Pfunden die „Elektro-Radio Societe Anonyme Turque" für Rundfunk, drahtlose Telephonie und Telegraphie gegründet. Gründer sind:

a) technische Firmen: Siemens u. Halske A.-G., Berlin, Siemens-Schuckert-Werke G. m. b. H., Berlin, Telefunken-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m. b. H. Berlin, Dr. Erich F. Huth, Gesellschaft für Funkentelegraphie m. b. H., Berlin, Eildienst für amtliche und private Handelsnachrichten G. m. b. H., Berlin, Ina-Nachrichtendienst G. m. b. H., Berlin;

b) bankseitig: Türka Ischbancassi, Angora, Banque de Crédit National, Konstantinopel, Deutsche Bank, Berlin-Konstantinopel.

•

Amerika überflutet die Welt mit Radioapparaten.

Der amerikanische Inlandsmarkt ist mit Radioartikeln übersättigt. Es wurden ausgeführt im 1. Halbjahr 1925 für 4 068 442 (gegen 1 826 446 Dollar im 1. Halbjahr 1924). An der Spitze der Abnehmer stand Japan mit 1 238 030 D. (60 415); England: 212 958 (70 000); Spanien: 164 132 (18 301); Mittel- und Südamerika: 793 359 (585 222). Stark beteiligt sind die asiatischen Staaten.

•

Deutsche Elektrobauten auf dem Balkan.

Die AEG. hat eine Reihe kleinerer Objekte in Bulgarien in Angriff genommen. In Griechenland errichtete die AEG. eine Wasserkraftzentrale für eine Gemeinde und eine Reihe Industriezentralen. Auch andere deutsche Elektrofirmen erhielten neuerdings Aufträge auf dem Balkan.

•

Bulgarische Elektrifizierungspläne.

Die Kohlenbergwerke von Pernik haben den Bau einer großen Elektrizitätsstation (2 Generatorengruppen von je 4000 Kilowatt) beschlossen für die Bedürfnisse des Bergbaues, für die elektrische Versorgung der Stadt Pernik sowie für eine evtl. Elektrifizierung der Eisenbahnlinie Sofia—Pernik. — Die Perniker Bergwerke fördern täglich 3500—4000 t.

•

Fokker übersiedelt nach Amerika.

Die bekannte holländische Flugzeugfirma Fokker steht im Begriff, nach Amerika zu übersiedeln. Dort ist mit dem Sitz in Kansas City die Fokker Airplane Corporation mit einem Kapital von 10 Millionen Dollar gegründet. Die Gesellschaft soll jährlich 1000 Flugzeuge herstellen.

•

Verdoppelung der italienischen Automobilausfuhr.

Italien hat in den ersten 7 Monaten dieses Jahres 17 596 Kraftfahrzeuge im Werte von 394 Millionen Lire ausgeführt gegen 922 Wagen im Werte von 198 Millionen Lire in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Hauptträger des Exportes ist die Firma Fiat in Turin. — Fiat steht mit Ford in Interessengemeinschaft.

•

Ein Kanal Oberschlesien—Danzig.

Dieser seit Jahrzehnten sehr oft erwähnte Plan ist jetzt von der polnischen Regierung beschlossen. Die Länge des Kanals wird 700 Kilometer betragen, wovon 46 km. auf die Warthe und 17 km. auf Seen entfallen. Am Bromberger Kanal wird er in die Weichsel münden.

Ein deutsch-italienischer Handelsvertrag.

Am 31. Oktober ist zwischen Deutschland und Italien auf die Dauer von 5 Jahren ein Handelsvertrag abgeschlossen.

Ein Riesen-Auto-Trust in Amerika.

Nach einer New Yorker Meldung rechnet man dort mit einer Riesenfusion in der Automobilindustrie, die die Studebaker Corp., die Nash Motors Co., die Jordan Motor Car Co., die Pierce Arrow Motor Car Co. und die Stutz Motor Car Co. umfassen soll.

•

Präsident Gary erklärte in der Jahresversammlung des „Iron and Steel Institute", daß eine Hochkonjunktur der amerikanischen Stahlindustrie zu erwarten sei.

•

Die tschechoslowakische Regierung hat in Amerika eine 25-Millionen-Dollar-Anleihe beschlossen.

•

Die staatliche Dänische Nationalbank ist zu einer 40-Millionen-Dollar-Anleihe ermächtigt um ihren Devisenfond zu stärken und die Krone auf einen Kurs von 90 Goldöre zu halten.

•

In Washington wurde ein Abkommen über die Fundierung der schwebenden estländischen Schulden an Amerika von 13 830 000 Dollar zu ähnlichen Bedingungen wie mit Polen abgeschlossen.

•

Der „Verband deutscher Privatbankiers" in Dresden ist mit Wirkung ab 1. November in den „Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes" eingetreten.

•

Aus einem internationalen Wettbewerb für den Brückenbau in Norwegen ist die Siemens-Bau-Union unter 37 Firmen als Siegerin hervorgegangen.

•

Der Röhrenverband (das deutsche Röhrenkartell) hat einen Auftrag auf Lieferung von 6000 t nahtloser Röhren von dem argentinischen staatlichen Petroleumunternehmen erhalten.

•

Die August-Thyssen-Hütte hat in Kapstadt (Südafrika) einen Auftrag auf Wasserrohre im Betrage von 6 Millionen RM. bekommen. Sie war unter einer großen Anzahl Konkurrenten die billigste!

•

Die beim Ausbruch des Weltkrieges aufgehobene Telegraphenverbindung Berlin—Moskau ist am 25. Oktober wieder eröffnet worden.

Gewerkschaftliches

Das Gewerkschaftsprinzip d. Achtstundentages

Im Reichsarbeitsministerium fand zur Beilegung des Tarifstreits der Bielefelder Metallarbeiter zwischen den Unternehmern und den Gewerkschaften folgende Einigung statt:

„Die Löhne sämtlicher Lohnarbeiter erhöhen sich um sechs Prozent und Einrechnung der Zuschläge von 5 Proz., die den A-Klassen-Arbeitern bereits am 1. Juli gewährt wurden. Bei den Akkordarbeitern treten Aufschläge von 1—6 Proz. ein. Die Lohnerhöhung gilt vom 1. November. Das Lohnabkommen gilt bis auf weiteres und kann erstmalig zum 31. Januar 1926 mit einmonatiger Frist gekündigt werden. Nach dem ebenfalls abgeschlossenen Arbeitszeitabkommen beträgt die wöchentliche Arbeitszeit „grundsätzlich" (!) 48 Stunden. **Je nach Eigenart und wirtschaftlichen Bedürfnissen (!) des Betriebes kann nach Anhören der gesetzlichen Betriebsvertretung die Arbeitszeit bis zum 31. Januar 1926 bis auf 54 Stunden, vom 1. Februar 1926 ab bis auf 53 Stunden wöchentlich ausgedehnt werden.** Für darüber hinaus vereinbarte Ueberstunden bis zum 1. Januar 1926 ist ein Zuschlag von 25 Proz., vom 1. Febr. 1926 ab ein Zuschlag von 20 Proz auf die Entlohnung der betreffenden Berufs- und Altersklassen zu zahlen. Das Mehrarbeitszeitabkommen läuft auf unbestimmte Zeit und kann erstmalig zum 31. November 1926 mit einmonatiger Frist gekündigt werden.

So ungefähr sehen die Prinzipien aus, für die die KPD. die Anwärterrolle spielt, denn etwas anderes wird die Hochzeit zwischen Amsterdam nicht zur Welt bringen, als die erweiterte Fortsetzung dieser Politik.

„Aktive Gewerkschaftssolidarität".

Wie bekannt, traten am 15. September in den Baumwollfabriken Bombays 20 000 Arbeiter in den Streik. Die Zahl der Streikenden nahm in der Folge rasch zu und stieg auf 150 000 bei einer Gesamtzahl von 156 000 beschäftigten Arbeitern. Die Ursache des Streiks ist eine, von den Unternehmern beabsichtigte Lohnherabsetzung, gegen die sich bereits jetzt schon elend bezahlten Arbeiter mit Recht entschieden zur Wehr setzen.

Da es den Gewerkschaften nicht möglich war, zu einem Uebereinkommen zu gelangen, hat die indische Gewerkschaftszentrale in einem Telegramm an den internationalen Gewerkschaftsbund internationale Hilfe bestreut.

Wenn auch die Gewerkschaften dem IGB. **noch nicht angeschlossen** sind, so hielt es der Vorstand doch für angebracht, dem erhaltenen Hilferuf zu entsprechen und eine „Hilfsaktion" einzuleiten.

Der IGB. hat bereits aus ihm zur Verfügung stehenden Mitteln einen Betrag telegraphisch nach Indien überwiesen, um sofort ein Zeichen der „Solidarität" der dem IGB. angeschlossenen Gewerkschaften zu geben.

Mitteilungen

Bezirk Sachsen.

Die provisorische Bezirksleitung beruft für Sonntag, den 15. November, vormittags 9 Uhr, nach Leipzig eine **konsultative Bezirkskonferenz** der AAU., KAP. und KAJ. mit folgender Tagesordnung ein: 1. Bericht von der Z. A. S.; 2. Referat über die politische Lage; 3. Organisatorisches, a) Bericht der Bezirks-Leitung, b) Wahl einer neuen Bezirksleitung, c) Kassenrevision, d) VRUK.; 4. Jugend; 5. Verschiedenes. — Alle Gruppen der Partei, Union, sowie Jugend sind verpflichtet, auf der Konferenz vertreten zu sein.

GROSS-BERLIN.

Achtung! Zeitungsobleute!

Wegen der am Sonnabend, den 7. November, abends pünktlich 7 Uhr in der Stadthalle, Klosterstraße, stattfindenden „November-Feier" erfolgt die Ausgabe der „KAZ" Nr 88 am Freitag, den 6. November, nachmittags von 5—6 Uhr. Nach 6 Uhr ist die Ausgabestelle geschlossen. — Die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur bleibt am Sonnabend, den 7. November nachmittags geschlossen.

November-Feier! Alle Genossen, die zur Saalkontrolle und dergl. bestimmt worden sind, mögen pünktlich 5 Uhr am Gesundbrunnen vor dem Eingang Stralauer Straße der Stadtbahn. Alle Genossen verlassen sich, so muß Ersatz gestellt werden. — Wir wollen damit bis daß für Kinder ohne Eintrittskarte ein Sitzplatz nicht bereitgestellt werden kann. — Reservieren von Plätzen darf nur bis 7 Uhr stattfinden. — Saalöffnung 6 Uhr. — Kein Eintritt in den Saal bitten wir die Karten abzugeben zur Kontrolle vorzuzeigen.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Schwalb-Berlin.
Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Isaksen, Berlin O 17, Lengerke 19.

November-Nummer

6. Jahrg. Nr. 88

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

November 1925

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 20 (Gleichzeitig für Arbeiter-Illustrierte, Berlin O 17, Weichselstraße 69)

Bezugspreis: Bei Bezug wöchentlich durch die Post: Halbmonatlich die Nummer 0,75 Mk. Einzelpreis: Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Die Lehren des November 1918

Wenn die Arbeiter einmal begreifen werden, wenn es ihnen einmal so ganz klar wird, daß es nicht anders kommen konnte, dann erst werden sie die Bourgeoisie niederwerfen und besiegen können.

Es ist müßig, Betrachtungen darüber anzustellen, ob der November 1918 ein militärischer Zusammenbruch, oder lediglich eine Revolte, oder beides, oder noch ein Drittes, ein Mittel die Arbeiter zu täuschen und zu betrügen, war. Jedenfalls beherrschte das Wort „Sozialismus" die Geister. Und jedenfalls hatte das Proletariat eine ausgezeichnete Gelegenheit, sich zum Herren der Gesellschaft aufzuwerfen und die kapitalistische Ordnung zu beseitigen. Das Proletariat aber tat dies nicht. Der Sozialismus war ihm etwas undefinierbares, war ihm eine Religion, war ihm ein Buch mit sieben Siegeln. Es träumte von Sozialismus, von guten Tagen, die da kommen sollten und legte die Hände in den unschuldigen Schoß. Und die paar Arbeiter, die wußten was sie wollten, die ließ es von den Henkern der Bourgeoisie hinmorden, und trug sie dann mit vielen Blumen und Kränzen und Tränen zu Grabe. Es träumte immer noch vom Sozialismus, der da an den Zäunen und Mauern von Ebert-Scheidemanns Gnaden marschierte, und wußte nicht, daß es ihn mit Liebknecht und Luxemburg zusammen zu Grabe trug; daß ihn die Söldlinge der Garde-Kavallerie-Schützen-Division erschlugen, als sie seine einzigen, ernst zu nehmenden Führer erschlugen, einen nach den anderen, und den Vortrupp des Proletariats, Spartakus, zusammenschossen. Das Proletariat ward in eine Situation ohne Beispiel gestellt, und war hilflos wie ein Kind. In seiner Hilflosigkeit und Blindheit schrie es fortgesetzt nach Einigkeit, zusammen mit seinen ausgesprochenen Feinden. Es war auf den Kampfplatz gerufen und kämpfte nicht, es war zum Handeln gerufen, und träumte. Es sollte die proletarische Gesellschaftswissenschaft, den Kommunismus, Fleisch und Blut werden lassen, und redete wirr durcheinander. Es hatte die Schlacht schon verloren, ehe dieselbe begonnen und die Verräter in den eigenen Reihen hatten leichtes Spiel.

Der Sklave, der nicht den Willen hat, sich zum Herren über seine Herren aufzuwerfen, um ihm den Daumen aufs Auge, den Knie auf die Brust zu setzen, der ist zum ewigen Sklaven verdammt. Das Proletariat, daß der kapitalistischen Ordnung durch die Demokratie zu neuer Konsolidierung verhalf und die Diktatur ablehnte, schmiedete sich erneut eigene Ketten. Heute, nach acht Jahren, ist es mehr als bewiesen, welche Geißel diese Demokratie für die arbeitenden Massen geworden ist. Brutaler Terror in den Betrieben. Die Zuchthäuser überfüllt. Die Geißel der Arbeitslosigkeit, der Massenhunger wütet. Ausgesogen noch durch rücksichtslosen Steuerraubzug. Das ist die Demokratie des Kapitalismus, die sich längst entpuppte als Waffe der herrschenden Klassen. Der Angriff des Proletariats auf die für die Arbeiterklasse unerträgliche Ordnung ist — ein „Verbrechen". „Verbrecher" stehen außerhalb des Gesetzes. Acht Jahre Demokratie haben für jeden — der nicht ideologisch unheilbar erblich belastet ist — bewiesen, daß dieser „Weg" zum Sozialismus der größte und gemeinste Betrug war und ist, der je am Proletariat begangen wurde.

Heute nach acht Jahren ist es mehr als bewiesen, daß der Kommunismus nicht auf die Dauer geknüpft werden kann durch die kapitalistische Demokratie. Wohl ist das Rußland, der proletarischen Diktatur von 1917 längst kein proletarisches mehr — nicht sozialdemokratische Gesandte, die schon hinreisend vom marschierenden Sozialismus in Deutschland sabberten, nun auch von dem marschierenden Kommunismus in Rußland erzählen — sondern trotzdem die Parteiführer des internationalen Proletariats in Sowjetrußland sind, und die Herrschaft der landbesitzenden Bauern erfolgte, Wohl ist das Proletariat niedergeworfen, gepeitscht, und der Schein Stralauer Straße der Stadtbahn, sollten Genossen verdammt sein, so muß Ersatz gestellt werden. — Wir wollen damit bis daß für Kinder ohne Eintrittskarte ein Sitzplatz nicht bereitgestellt werden kann. — Reservieren von Plätzen darf nur bis 7 Uhr stattfinden. — Saalöffnung 6 Uhr. — Kein Eintritt in den Saal bitten wir die Karten abzugeben zur Kontrolle vorzuzeigen. Ihnen die Zähne ausgebrochen. Die Nägel ausgerissen. Galgen werden errichtet, Galgenwälder! Die Bourgeoisie-„Damen" raufen sich um die Stricke, die ihnen als Henker gedungene Zigeiner hüllbeten. Revoltierende Bauern werden mit wilden Katzen zusammen in Säcke gebunden und durch Schläge von außen gezwungen, einen Kampf auf Leben und Tod auszufechten, um ihnen die klaffenden Wunden nachher mit Pfeffer und Salz zu füllen. Gefangene Frauen vergewaltigt, Arbeiter kastriert, geschlagen, verscharrt. So lauten die Berichte bürgerlicher Zeitungen aus Ungarn, vom Balkan. Die deutsche Demokratie war und ist mit ihrer Schreckensjustiz wahrhaft vorbildlich. Daneben zwingt die Geschichte die Lakaien der Bourgeoisie, alles auszusagen, was sie am Proletariat verbrochen. Magdeburg und München zeigen der Arbeiterklasse den Verrat der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in seiner ganzen erbärmlichen Niedrigkeit und moralischen Verwährlosung. — Und doch ist diese Schreckensherrschaft die Herrschaft der Erschrockenen und immer mehr Erschreckenden.

Denn der Weltkrieg, der den November 1918 gebar, war das legitime Kind des Kapitalismus mit seiner Warenwirtschaft. Er sollte ein Ausweg sein, und war das Gegenteil. Die inneren Gesetze des Kapitalismus sind nicht nur geblieben, sondern wirken sich bereits viel sichtbarer aus. Die Kolonialvölker erheben sich, und sind im Begriff, den Markt, den sie bildeten, selbst zu versorgen, zu beherrschen. In Marokko, in Syrien, in China donnern die Kanonen. Der Kapitalismus müßte den Markt für seine Waren ins Unermessene steigern können, und muß ihn gegen den immer stärker werdenden Angriff verteidigen. Die Produktion gerät immer mehr ins Stocken. Die Gegensätze der kapitalistischen Mächte verschärfen sich und können durch keinen „Völkerbund", keine „Garantieverträge" und keine internationale Demokratie fortgesetzt werden. Den Arbeitern werden die Fabriken versperrt. Die Ausbeutung zum Wollblutes gesteigert. Die Klassengegensätze immer erneut aufgerissen. Die Entscheidung immer von neuem auf die Tagesordnung gestellt. Und kann auch Zeit und Raum nicht ausgemessen werden — ein neuer November, das fiele er auch in eine Frühlingsnacht, wird das Proletariat und die Bourgeoisie in die Schranken fordern. Und die Arbeiter tun gut, rechtzeitig zu begreifen: Zwei „halbe" Revolutionen wie die von 1918 geben noch lange keine ganze. Es werden so viele Niederlagen werden, wie es solche „halbe" Revolutionen werden.

Der Parlamentarismus und die Gewerkschaftspolitik sind staats- und kapitalstützend, trotz aller geriebener Rechenkunststücke und Rößtauscherkniffe.

Die Arbeiterklasse muß rüsten zum Angriff, organisatorisch und prinzipiell. Der erste Schritt ist der Bruch mit den Methoden, die ihr bereits zum Verhängnis geworden sind und den fortdauernd werden.

Die Lösung des gordischen Knotens heißt: Die Fabriken dem Proletariat, den Grund und Boden dem Proletariat. Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums! Die organisatorische Grundlage ist die klassenkämpferische der Arbeiter, nicht gewerkschaftlicher Berufsinteresse. Der Hammer, das sind die revolutionären Räte, nicht die parlamentarische Pudelmütze. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist das Werk der Arbeiterklasse selbst, nicht das Werk derer, die von der kapitalistischen Produktionsweise und von der Dummheit der Arbeiter leben.

Noch liegt der reformistische und zentristische Schlamm auf dem Antlitz der Proletariats, es scheint wie ein Mehltau in Gestalt von Gewerkschaftsbonzen, nicht kann kaum noch erkennen, daß es ein Proletariat gibt. Die Gewerkschaftsbonzen sind ein Ausgeburt des Kapitalismus geworden und sie als Vertreter des Proletariat auftreten. Der Kapitalismus verwandelt sich Stück für in den Sozialismus.

Werde aus Verzweiflung Ohnmacht!

Sozialdemokratie, Dolchstoß-Prozeß und Einheitsfront

In seinem „18. Brumaire" kennzeichnete Karl Marx die schmähliche Geschichte der französischen Bourgeoisie-Republikaner von 1848 mit dem Satz: „Nachdem sie eine Republik für die Bourgeoisie gegründet, das revolutionäre Proletariat von dem Terrain entfernen und das demokratische Kleinbürgertum einstweilen zum Schweigen gebracht haben, werden sie selbst von der Masse der Bourgeoisie beiseite geschoben, die diese Republik mit Recht als ihr Eigentum mit Beschlag belegt."

Diese Worte von Marx scheinen in der Tat wie zur Charakterisierung der parteipolitischen Situation in der deutschen Republik geschrieben, denn sie passen auf die gesellschaftliche Stellung der Sozialdemokratie in der schwarzrotgoldenen November-Demokratie wie die Faust aufs Auge. Auch die Sozialdemokraten ehrlichster Couleur müssen unter dem eisernen Zwang der Geschichte eine Rolle spielen, die derjenigen der Bourgeoisie-Republikaner der französischen Februar-Revolution aufs Haar gleicht. — Sie haben sich vor sieben Jahren zum Erbe der bürgerlichen Republik aufgeschwungen und die rebellierenden Arbeitermassen mit der Waffe der formalen Demokratie in Klassenohnmacht geschlagen. Aber seitdem ihnen die Sicherung der deutschen November-Republik durch die revolutionäre Weltrotmachung des Proletariats meisterhaft gelungen ist, seitdem richtet sich das zweischneidige Schwert der schwarzrotgolden Demokratie gegen die sozialdemokratische Schutzwehr der Bürger-Republik selbst. Ihr machtpolitischer Anteil an der Leitung des gepriesenen deutschen „Volksstaates" schrumpft entsprechend ihrer parlamentarischen Stärke ein und mehr zusammen, von ihrer einstmals eroberten Regierungsgewalt ist nur noch ein kläglicher Rest übrig geblieben. Gestützt auf ihre 1918 gesicherten ökonomischen Besitzstände haben sich die Kerntruppen der Bourgeoisie politisch wieder konsolidiert, sie schieben die ebertistischen Republikaner Zug um Zug beiseite und vollenden die Demokratie, indem sie die Republik planmäßig in ihr Privateigentum verwandeln. Die sozialdemokratischen Hohenpriester der schwarzrotgoldenen bürgerlichen Ordnung sind teils bereits von ihren Pythiasthüten verlustig, sie werden ungeachtet ihrer geleisteten treuen Dienste wie Straßenkehricht mit Fußtritten aus dem Allerheiligsten der Kapitalistenklasse vertrieben; ja, sie werden sogar im Namen der von ihnen politisch gesicherten November-Ordnung von die Gerichte der demokratischen Republik geschleppt — des Dolchstoßes an der Kriegsmacht des Vaterlandes der Bourgeoisie beschuldigt!

Das aber ist die weltgeschichtliche Karikatur, der tragikomische Niedergang der Sozialdemokratie: vor sieben Jahren waren die Führer der Partei der Bourgeoisie, weil sie ihre ihnen Schein-politischen Kapitalsherrschaft vor Angriffen der revolutionären Proletarier des rettenden Damm der bürgerlichen Demokratie aufrichteten. — Heute aber müssen die sich zur Fassung ihrer wirklichen politischen Kraftlosigkeit in der Republik-Republik an den Schandpfahl der Geschichte gebunden und bitterlich ihre ehemalige Ankerkette als Retter der bürgerlichen Gesellschaft aufdrücken, um bei den tränenreichen Kapitulationen Hintergrunds nicht völlig in Ungnade zu fallen! Um von der Bourgeoisie nicht als Dolchstoßler an der gesamtdeutsch-konterrevolutionären Front des imperialistischen Massenmordes durch die Gerichte geschleift zu werden, muß die sozialdemokratische Massenschlächterei vor Gerichtsbarkeit treten! Aber ohne sich zu schämen, daß sie gerade in Interesse der kapitalistischen Ordnung kläglich versagt, stellt Dolchstoß gegen die revolutionäre Front der Bourgeoisie-Ordnung gestellt haben!

Es ist für die proletarische Masse wie eine geschichtliche Mahnung in Flammenschrift, daß der Münchner Dolchstoß-Prozeß bei in Tage der Jahrestag der Ermordung Noskes des 9. November fällt. Gewiß, man muß Noske und Genossen zugute halten, daß Magdeburgs Ebert-Prozesses kann der Noske-Bluts-Strolchende Lakaiten nicht mehr zu Begräbnisfest feiern bringen. Aber das Gedächtnis, daß Münchner Prozesses ist, daß in den die Welt, die in Magdeburg Sozialmorden Wurzel der politischen Kapitulationen und entsetzlichen Elend hervorruft und es zum Gesetz macht, in Magdeburg gesagte, es daß die Ebert-Partei von neuem verkündet, daß sie, wie schon vorher in Kiel, Berlin, Hamburg, Magdeburg, Bayern und die Rheinlande und schließlich Sachsen, die Arbeiterklasse mit schwarzen Gewalten, mit